

Berlin, 8. Februar. (Eigene Meldung.) Nachdem nunmehr der Streik beendet ist, werden in der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner binnen kurzer Zeit nicht unwe sentliche Veränderungen eintreten. Einer der jetzigen Führer, der Lokomotivführer Schärfisch wirdt ist bereits aus dem Dienst entlassen, kann also als Beamtenvertreter nicht mehr fungieren und gegen andere Mitglieder des bisherigen Aktionsausschusses schweben Disziplinarverfahren, bis zu deren Beendigung keiner der in Frage kommenden Beamten mit dem Reichsverkehrsministerium oder anderen Behörden verhandeln kann. Aber auch aus anderen Gründen wird eine Auseinandersetzung zwischen den beiden Richtungen in der Reichsgewerkschaft stattfinden, die kaum mit einem Sieg der Streikleitung enden dürfte. Die Gegenseite haben sich in der Eisenbahnsgewerkschaft bereits zugespielt, sodass ein Zusammenarbeiten mit dem bisherigen Vorstand nicht mehr möglich erscheint. Wahrscheinlich wird in kurzer Zeit eine Generalversammlung der Reichsgewerkschaft stattfinden, in der Neuwahlen der einzelnen Körperschaften verlangt werden.

Köln, 8. Februar. (Eigene Meldung.) Im Laufe der Vormittags ist eine leichte Besserung im Zugverkehr eingetreten. Im Hinblick auf die von der Reichsgewerkschaft angekündigte Beendigung des Eisenbahnerstreiks ist zu erwarten, dass der Eisenbahnbetrieb mit dem umgelegten Gebiet im Laufe des Nachmittags wieder in Fluss kommt.

Die Disziplinarverfahren werden durchgeführt

U. Berlin, 8. Februar. Von unterrichteter Seite erfährt die Telegraphen-Union. Gestern abend haben zwei Vertreter des Beamtenbundes beim Reichsverkehrsminister vorgesprochen, um sich Auskunft über dessen Stellung zu der Frage der Maßregelung zu holen. Reichsverkehrsminister Grüner hat diesen Vertretern die Rechtslage wie folgt dargestellt: Die eingeleiteten Disziplinarverfahren wegen Vergehens gegen den Erlass des Reichspräsidenten und des Streiks im Allgemeinen müssen bei den unklubierten Beamten durchgeführt werden. Die bei kündbaren Beamten ausgesprochene disziplinarische Maßregelung müsse aufrecht erhalten bleiben. Was die Mitglieder des Streiks anbelangt, so ist natürlich an eine Massen-Disziplinierung nicht zu denken. Die einzelnen Eisenbahn-Direktionen sind ausgewiesen worden, Listen aufzustellen, über die am Streik hauptsächlich beteiligten Führer. Auf Grund der Prüfung dieser Listen behält sich der Reichsverkehrsminister vor, gegen wen er einschreiten wird oder nicht. Was die Eisenbahn-Arbeiter anbetrifft, so werden diese im Rahmen der örtlichen Bedürfnisse eingestellt werden. Es ist nicht beabsichtigt, hierbei Säulen zu Tage treten zu lassen. Das Beschwerderecht bleibt den Beamten und Arbeitern unter allen Umständen erhalten. Das Reichskabinett wird dem Reichsverkehrsminister völlig freie Hand lassen in der Art der Disziplinarverfahren. Für eine Begnadigung bestraffter Beamten kommen übrigens weder das Reichskabinett noch der Reichsverkehrsminister, sondern allein der Reichspräsident in Betracht.

Es verlautet, dass auch Reichspräsident Ebert erklärt hat, er könne nicht für eine Straffreiheit der streikenden Eisenbahner eintragen.

Kein Rücktritt Gröners

Berlin, 8. Febr. (Eigene Meldung.) Wie von zuständiger Stelle hören, sind die Gerichte, dass Reichsverkehrsminister Grüner von seinem Posten zurückgetreten werde, unzutreffend.

Berlin, 8. Febr. (Eigene Meldung.) Dem amtlichen Situationsbericht entnehmen wir, dass die in den letzten Tagen bereits eingetretene Besserung der Streitlage heute weitere Fortschritte gemacht hat. An vielen Stellen sind die Beamten zum Dienst zurückgekehrt und haben ihre Amtsstelle wieder übernommen. Ein Teil der Rethilfe konnte bereits zurückgezogen werden, da genügend Fahrpersonal zur Verfügung steht.

Wiederaufnahme der Parlamentsarbeit

Berlin, 8. Februar. (Eig. Meld.) Reichstagspräsident Löbe hat das Plenum des Reichstages für Donnerstag nachmittags 3 Uhr eröffnet. Die endgültige Festlegung der Tagesordnung kann noch nicht erfolgen.

Es darf aber bereits als sicher an-

genommen werden, dass als 1. Punkt der Tagesordnung der Antrag Ledeboer-Löhnen auf sofortige Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Februar 1922 erledigt werden wird.

Die Reichsregierung wird zu diesem Zeitpunkt eine Erklärung durch den Reichskanzler abgeben. Ferner findet am Donnerstag nachmittags eine Vollstreckung des Reichstages statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. eine Mitteilung über die Erneuerung von Bevollmächtigten zum Reichsrat und der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Feststellung eines dritten Nachtrags zum Reichshaushaltplan für das Rechnungsjahr 1921.

Poincaré schlägt eine Konferenz für Genua vor

Paris, 8. Februar. Der Berichterstatter der "Times" erfährt von gut unterrichteter Seite, dass Poincaré in einer Note an die britische und italienische Regierung über die Konferenz von Genua eine Zusammensetzung zwischen den britischen, französischen und italienischen Vertretern vorstellt, bevor die Konferenz von Genua stattfindet. Eine solche Konferenz würde das geplante Programm von Genua im einzelnen prüfen müssen, um die alliierten Interessen gegen alle Sabotageversuche seitens der russischen und deutschen Delegationen zu schützen; im voraus soll eine gemeinsame Aktionslinie festgesetzt werden.

Telegraphen-, Fernsprech- und Funkverkehr während der Konferenz von Genua

Paris, 8. Februar. Der Berichterstatter der "Times" erfährt von gut unterrichteter Seite, dass Poincaré hat die Reichstelegraphenverwaltung Maßnahmen getroffen, um den betreffenden Schnellnachrichtenverkehr zwischen Deutschland und Italien in beiden Richtungen nach Möglichkeit sicherzustellen. Hinsichtlich des Telegraphenverkehrs wird dies durch Bereitstellung betriebsicherer Leitungsbündelungen zwischen Deutschland und Italien und deren Ausstattung mit neuzeitlichen Apparaten ge-

Der französische Wiederaufbau

Die neue Regierung auch für das Wiesbadener Abkommen und für Sachleistungen

WTB. Paris, 8. Februar. In der gestrigen Kammertagung erklärte bei der Beratung der Budgetmittel und deren Rücksichtnahme durch Deutschland, der Abgeordnete Loucheur, in dem er sich gegen die Beleidigungen des sozialistischen Abgeordneten des Westdepartements Jouhaux, die Industrie des Norddepartements sei bei der Erfüllung bevorzugt, wünschte, er habe die der Industrie gezahlte Summe um 5 Milliarden zu hoch angegeben. Die Schäden der Industrie nach dem Kriegswert hätten ungefähr 6 einhalb Milliarden Franken betragen. Das bedeute nach dem augenblicklichen Wert 24-25 Milliarden Franken. Bis zum 31. Dezember 1921 hätte die Industrie erhalten 11 Milliarden 120 Millionen also 45 Prozent ihrer Schäden. Auf die von ihm gauinierte Anzahl hätte sie 1800 Millionen erhalten. Nach Loucheur sind die Verluste der kleinen Geschädigten, die auf 2 Milliarden 900 Millionen Franken Kriegsverlust sich belaufen, also 9 Milliarden 400 Millionen augenblicklicher Wert am 31. 12. 21 zu 60 Prozent nachgeprüft gewesen.

Der Minister Reitell sagte, seine allgemeine Politik sei die Politik des Abkommens von Wiesbaden. Wenn man von Sachleistungen spreche, spreche man nicht von einem Verzicht. Wenn man davon überzeugt sei, dass Deutschland nicht alles in Geld bezahlen könne, müsse man den Grundsatz der Naturalisierung annehmen. Das Abkommen von Wiesbaden unterliege der Prüfung der Reparationskommission und der alliierten Regierungen. Wenn es nicht angenommen werde, bedeute das noch lange nicht, dass keine Sachleistungen erfolgen würden. Die jetzige Regierung werde die Annahme des Abkommens von den interalliierten Regierungen verlangen. Es seien Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, den man müsse bedenken, dass der deutsche Arbeitsmarkt erstarke. Auch die Entwicklung der Mark muss in Rechnung gestellt werden.

Der Minister für die freien Gebiete Reitell, der seinen Ausführungen zustimmte, erklärte: Sein Hauptprogramm über den Wiederaufbau bleibe dasselbe, wie das seines Vorgängers, die von dem sozialistischen Abgeordneten Jouhaux verlangte Enquête lehre er ab. Die Ziffern beweisen, dass alles getan worden sei. 250 000 Gebäude seien in dem Wiederaufbaugebiet zerstört worden. 422 000 sind beschädigt. Am 31. 1. 21 seien 278 000 Häuser teils repariert teils wieder aufgebaut gewesen, am 1. 1. 22. 335 979.

53 000 km. Wege seien zerstört gewesen, 31 865 km seien davon wieder hergestellt. 1 112 km. schiffbare Wege seien in Ordnung gebracht worden, davon seien am 1. 1. 22. 1 027 km wieder in Stand gesetzt. Von den Fabriken, die mehr als 20 Personen beschäftigen, seien 4 082 zerstört geblieben. Bis zum 1. 1. 21 habe man 3543 bis zum 1. 1. 22. 3 986 aufgebaut. 80 Prozent der Fabriken hätten mit der Produktion wieder begonnen. Sie beschäftigten 423 824 Arbeiter. Das bebauten Land, das zerstört worden ist, beträgt 3 127 000 ha. Am 1. 1. 21 seien über gewirtschaftet 2 813 000 ha. am 1. 1. 22. 2 910 000 ha. Das gesamte Gebiet der bereits am 1. 1. 22. bebauten Landfläche beträgt 1 einhalb Millionen ha. Das übersteigt alles Lob.

Der Minister Reitell sagte, seine allgemeine Politik sei die Politik des Abkommens von Wiesbaden. Wenn man von Sachleistungen spreche, spreche man nicht von einem Verzicht. Wenn man davon überzeugt sei, dass Deutschland nicht alles in

Geld bezahlen könne, müsse man den Grundsatz der Naturalisierung annehmen. Das Abkommen von Wiesbaden unterliege der Prüfung der Reparationskommission und der alliierten Regierungen. Wenn es nicht angenommen werde, bedeute das noch lange nicht, dass keine Sachleistungen erfolgen würden. Die jetzige Regierung werde die Annahme des Abkommens von den interalliierten Regierungen verlangen. Es seien Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, den man müsse bedenken, dass der deutsche Arbeitsmarkt erstarke. Auch die Entwicklung der Mark muss in Rechnung gestellt werden.

Gemeindevertreterwahl in Berlin

Bürgermeister Dr. Sobatova führte den gewählten Gemeindevertreter, Bergmann Konig und verpflichtete ihn durch Handschlag auf sein Amt. — Die Haushälterin Madalina Slovák sollte zur Abgabenleistung für Süßwasser verhängt werden; der Antrag wurde abgelehnt. — Zur Erneuerung des Straßennetzes werden weitere 750 Mark bewilligt. Zum Beschneiden von Straßendämmen werden 100 Mark ausgeschafft. — Gemäß § 53 des Kom. 21. Ges. Schulunterhaltungsfesten hat die Gemeinde zu zahlen an die Stadt Kattowitz 25 000 Mark, Döbeln 230 Mark, an Idarowitz 300 Mark, an Neuried 143 Mark, dagegen zahlt die Stadt Beuthen 350 Mark durch Vergleich. Beuthen hat in einer anderen Gemeinde die höchsten Schullasten, nämlich 140,87 Mark pro Kind. — Die politische Schule im Waisenhaus wird auf den Gemeindebezirk mit 10 000 Mark monatlich übernommen. — Für politische Flüchtlinge in Gottschalkowitz werden 10 000 Mark bewilligt. — Den Armenauflauf werden aus der Lebensmittelkasse 75 000 Mark zur Ausstaffierung von Kohle und Kleidung überwiesen. In der evangelischen Schule sind in den Anlagen die Dächer zerstört worden. Die Anwendung weiterer Ziegelöfen kostet 1200 Mark. — Die Zulieferungsverordnung wird den Zulieferungsverträgen entsprechend den Normativbestimmungen gemäß neu festgelegt. — Der Vertrag mit der Gaszentrale Dessau über Bismarckhütte erfasst Breitserböhmen. Ein Kilometer Gas kostet jetzt 1,50 Mark. Bei einem Gasbrauch von etwa 150 Tausend Kubikmeter erhält die Gemeinde eine Rückvergütung von etwa 12 Mark. — Eine ältere Mikroprüfung soll eingeführt werden. — Demnächst soll gegen die Rattenpockenvaccinationen vorgegangen werden. — Schließlich wird eine höhere Straßenbeleuchtung gewünscht.

ferenz auf die erste Klasse zu begleichen. Dafür wird jedem Kardinal eine Ehrenmiete von 500 Mark und vierfach auch von Beamten mitgegeben, und Rom wird für sie der Hofwartsalon geöffnet. Eindrücklich war die Ankunft der drei deutschen Kardinäle, denen die deutsche Regierung einen bequemen Wagen für die weite Reise nach Rom zur Verfügung gestellt hatte.

Neues aus aller Welt

(Verhängnisvolles Unglück bei der Taufe.) Länglich einer Kindertauft, die im Thüringischen stattfand, erschoss der Dienstkrüger Gustav Spörli, der, wie bei den Anlässen üblich, mit einem Gewehr schoß, als vorstichtig die Kriegerwitwe Klara Preßler.

(Die Elektrifizierung der Gotthardbahnlinie) durch die Beendigung der letzten Strecke Lugano-Chiasso fertiggestellt.

(Kampf eines Dorfes gegen Wölfe.) In den letzten Nächten wurde die Gemeinde Pietrosen in den Wäldern überfallen, die mehrere Kinder gerissen. Die Dorfbewohner machten sich mit Hauern Beilen daran, die Wölfe zu vertreiben. Die Wölfe waren aber den Kampf mit der Bevölkerung aufgelegt. Am 28. Bauern schwer und zerstört wurden fünf geschlagen. Es wurde nur ein Wolf getötet. Die Bewohner hatten sich während des Kampfes in ihre Kasernen geschlossen.

Der Kaufmann Hermann Bruhn hatte in Schleswig und Hamburg Firmen um etwa 3 einhalb Millionen Mark geschädigt, indem er Waggonsweise gegen gesetzliche Frachtkomitee erlaubte. Er wurde, dem er inzwischen in Dänemark neue Beträger entgegen hatte, in der Nähe von Rendsburg verhaftet. Seine Verhaftung durchdrangte er sich beide Pausaden wurde schwer verletzt ins Rendsburger Krankenhaus.

Auf dem großen Schweriner See brachen Schiffschläufen vier Schüler ein. Drei konnten sich, ein 14-jähriger Gymnasiast ertrank.

— Das deutsche Theater in Czernowitz wurde der rumänischen Regierung entzogen, um es der rumänischen dramatischen Kunst zu widmen. Da aber eine Kunst so gut wie nicht existiert, wird es deutschen geplant, vorläufig weiterzuspielen.

Die 77-jährige Rentenempfängerin Stummel Plauen wurde im Bett tot aufgefunden. Der Arzt fest, dass der Tod durch Verhängen eingetreten ist. Ein trauriger Fall bedeutet wieder einmal das Ende der kleinen Rentenempfänger.

Ausland

(Ein Böllerbundentscheid gegen Jugoslawien.) Die vom Böllerbund nach Albanien entstandene Untersuchungskommission nahm laut der Mitteilung des Böllerbundesretinats an der albanischen Grenze Erhebungen vor, die entgegen den jugoslawischen Klagen bei der Botschaftskonferenz zugunsten Albaniens aussichtlich. Auch die Untersuchung über die Nationalitätenfrage in Koriza hat für Albanien ein günstiges Ergebnis gebracht. Die Kommission schlägt ein günstiges Ergebnis vor. Die Böllerbund entscheidet die Einrichtung neuer neutraler Zonen an der albanisch-jugoslawischen und an der albanisch-griechischen Grenze bis zur endgültigen Regelung vor.

★

Gaspari bleibt Karabin-Staatssekretär

U. Rom, 7. Februar. Papst Pius XI. hat den Generalstaatssekretär des verstorbenen Papstes, Gaspari in seinem Amte bestätigt. Die Krönung Papst Pius XI. in der Peterskirche ist für nächsten Sonntag in Aussicht genommen.

Von der Romreise der Kardinäle

Aus Rom wird der "Reichspost" zu der mit allerlei Einzelheiten ausgeschmückten Meldeung der italienischen Blätter, Kardinal Pissi habe auf den österreichischen Bundesbahnen und seitens der österreichischen Grenzrevision eine unhöfliche Behandlung erfahren — in sehr betontem Gegenfazit zu dem Verhalten der italienischen Behörden — von unterrichteter Seite geschrieben:

Wahr ist an den italienischen Blättern, wie festgestellt werden soll, dass offenbar infolge mancher Verständigung der Zollbehörden der Bereich des Kardinalen zur Ausweisleistung über den Zweck der Geldbeträge, die er mit sich führte, dem Vorstande des Zollamtes vorgegeben ist. Es ist nicht, der nach einem Überlegen die Notwendigkeit einfach, zum Doktore in Rom Geld mitzunehmen, während dem Kardinal selbst die Teilnahme an dieser Sache erwartet blieb. Dass die italienischen Reiselehrer benutzt, über die österreichischen Zollbehörden loszuziehen, mag richtig sein. Lediglich melden die Blätter, Kardinal Pissi habe auf den österreichischen Bundesbahnen und seitens der österreichischen Grenzrevision eine unhöfliche Behandlung erfahren — in sehr betontem Gegenfazit zu dem Verhalten der italienischen Behörden — von unterrichteter Seite geschrieben:

Wahr ist an den italienischen Blättern, wie festgestellt werden soll, dass offenbar infolge mancher Verständigung der Zollbehörden der Bereich des Kardinalen zur Ausweisleistung über den Zweck der Geldbeträge, die er mit sich führte, dem Vorstande des Zollamtes vorgegeben ist. Es ist nicht, der nach einem Überlegen die Notwendigkeit einfach, zum Doktore in Rom Geld mitzunehmen, während dem Kardinal selbst die Teilnahme an dieser Sache erwartet blieb. Dass die italienischen Reiselehrer benutzt, über die österreichischen Zollbehörden loszuziehen, mag richtig sein. Lediglich melden die Blätter, Kardinal Pissi habe auf den österreichischen Bundesbahnen und seitens der österreichischen Grenzrevision eine unhöfliche Behandlung erfahren — in sehr betontem Gegenfazit zu dem Verhalten der italienischen Behörden — von unterrichteter Seite geschrieben:

Handelsteil.

Berlin den		9.2.1922	8.2.1921
Telegraphische Auszahlung auf:		Geld	Geld
Wien und Rotterdam	100 Pf.	74,17	75,1745
Buenos Aires	100 Pf.	74,15	72,23
Breslau-Wien	100 Tres.	1620	1624,35
Christiansburg	100 Pf.	3254	3281,70
Kopenhagen	100 Pf.	4055	4120,85
Stockholm	100 Pf.	184	5,03,75
Helsingfors	100 finnische M.	389,60	389,75
Italien	100 Lire	390,60	389,75
London	1 £ Sterling	954	954
Paris	100 Frs.	1692,30	1692,25
Sabah	100 Pf.	388,60	389,55
Spanien	100 Pes.	3085,90	3108,35
Wien	100 Pf.	6,43	6,78
Prag	100 Pf.	376,10	376,90
Budapest	100 St.	30,46	30,96
Warschau	100 pol. M.	30,54	6,15
Sofia	100 Levo	134,35	134,65
Konstantinopel	1 Pf. Tari.		

Oberöhl. Produktionsmarkt im Gleiwitz

Bericht von Paul Bayel, beeid. Handelsmakler, Gleiwitz. Der an jedem Dienstag im Börsensaal des Staatsen abgehaltene Produktionsmarkt weist zwar

Aus der katholischen Welt

Still ist mein Herz

Still ist mein Herz; des Lebens Bogen
Berebbten lebt' im Abendrot.
Des Tages Zeit ist nun verslogen
Und still ruht der Kampf ums Brot.

Still ist mein Herz, und süßer Frieden
Senkt in die Seele sich hinab.
O Herr, wär ich von dir geschieden,
Wer gäb mir diese Himmelsgrat?

Still ist mein Herz, so frei von Leiden,
Dank dank ich dir durch ein Gebet.
O wollt auch dann von mir nicht scheiden,
Wenn still mein Herz im Tode steht!

Hagen i. W. Otto Birkle.

Das alte bayrische Konkordat

Aus München wird uns geschrieben:

Mit Spannung erwarten wird den glücklichen Abschluß eines neuen Konkordates zwischen dem Apostolischen Stuhle und Bayern. Wie unser Land vor 100 Jahren in Deutschland mit der Neuordnung der kirchlichen Verhältnisse voranging, so dürfte es wohl auch jetzt wieder geschehen. Die Vereinbarungen, die Bayern mit dem Oberhaupt der Kirche, wie wir hoffen, nun bald treffen wird, werden gewiß nicht ohne Rückwirkung bleiben auf die Regelung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche für das übrige Deutschland.

Das bisher in Bayern bestehende Konkordat, das zwischen Pius VII. und dem Könige Maximilian Joseph abgeschlossen wurde, kam unter eigenartigen Verhältnissen zustande und beeinflußte eine bedeutende Periode der neueren Kirchengeschichte Bayerns. Darum dürfte bei seinem Erwachen ein Rückblick am Platze sein.

Am 16. Februar 1799 wurde der Herzog von Zweibrücken Maximilian Joseph, Kurfürst von Bayern. Sein dirigierender Minister war Montgelas, von dem ein Zeitgenosse sagt, er sei „ein Mann reicher Bildung, mit einem stürmischen Charakter, ohne Religion“. Nach dem Reichsdeputationshauptschluss vom 25. Februar 1803 kam Bayern das Recht Säkularisation der geistlichen Güter zu. Diese brachte zugleich eine völlige Auflösung aller kirchlichen Organisationen. Zehn Jahre die Regierung die Zeit für gekommen, die Ideen der glatten Auflösung und des Staatskantismus zu verwirklichen. Es muß ihr nun auch das Zeugnis ausgestellt werden, daß sie diesen Versuch mit rücksichtsloser Energie und großer Gründlichkeit durchführte. So wurde die Lage der Kirche in dem bisher ganz katholischen Lande außerordentlich traurig. Darauf war der Past bereit, selbst unter schwierigen Verhältnissen hier die Ordnung wieder herzustellen. Es wurden Verhandlungen zum Abschluß eines Konkordates eröffnet. Unter den männigfachsten Wechselsätzen zogen sich diese eine Reihe von Jahren hin. Montgelas und nach seiner Entlassung der Finanzminister Freiherr von Lerchenfeld im Ministerium Rechberg waren gegen eine Vereinbarung mit Rom, die die bayrische Kirche dem Staatskirchenamt nicht auf Gnade und Ungnade auslieferne. Die Verhandlungen sind an nicht wenigen Punkten durch List und Täuschung charakterisiert, welche die leitenden Staats-

männer gegen Rom glaubten anwenden zu dürfen; ein für allemal stand ihnen fest, daß man wenigstens stilistisch die königlichen Rechte (nach den Begriffen des Staatskirchenamts) wahre und daß der Kurfürst das Schutz- und Aufsichtsrecht über alle kirchlichen Angelegenheiten für auszuüben habe. Als endlich das Konkordat von dem Vertreten Bayerns, Häffelin, unterzeichnet worden war, wurde dieser defabriert, und es wurden noch Abänderungen an dem Vertrag verlangt.

Durch all diese Fährlächen leitete der päpstliche Staatssekretär Consalvi die Verhandlungen hindurch. Max Joseph ratifizierte endlich das Konkordat am 24. Oktober 1817, jedoch unter Beibehaltung des Datums vom 5. Juni 1817, des Tages, an dem Häffelin es unterzeichnet hatte.

Nun erreichte das Rätselspiel seinen Höhepunkt. Während der König dem Papst seine Freude über das Zustandekommen des Werkes ausdrückte und versicherte, daß seine Vertreterin nur zur Ausführung kommen sollten, ersannen seine Staatsmänner einen Plan, das Konkordat unschädlich zu machen. Seine Veröffentlichung wurde trotz vielseitigen Drängens, auch seitens des Kronprinzen, des nachmaligen Königs Ludwig I. verschoben.

Am 26. Mai 1818 wurde nun die bayrische Verfassungsurkunde veröffentlicht; zehn Edikte waren ihr als Beilagen angefügt. Die 2. Verfassungsteilung ist das Religionsedikt vom 24. März 1809, welches die „äußeren Rechtsverhältnisse der Einwohner des Königreichs Bayern in Beziehung auf Religion und kirchliche Gesellschaften“ regeln sollte. Dieses Edikt aber war auf katholischer Seite ein besonderer Stein des Anstoßes; hatte es doch den letzten Rest des katholischen Bayerns vernichtet und naturngemäß eine Reihe von Kirchenfeindlichen Verordnungen in seinem Gefolge gehabt. Diesem Religionsedikt waren zwei Anhänger beigegeben, nämlich Protestant und katholisch und das Konkordat. Dadurch war bereits die Unterordnung des Konkordates unter das Religionsedikt ausgedrückt. Es war so folgender Rechtsstandpunkt geschaffen: die Angelegenheiten, die im Konkordat und Religionsedikt enthalten sind, entscheiden letzteres; in jenen, über die nur der Konkordat bestimmt, ist naturngemäß dieses maßgebend.

Dieser Erneuerung rief in den katholischen Kreisen Bayerns, auch beim Kronprinzen, sowie in Rom Entrüstung hervor. Die bayrische Regierung wollte indes den alten Welt kirchlichen Widerpruch zwischen Konkordat und Religionsedikt verleugnen, wobei man bis zur Beurteilung auf einen angeblichen Schreibfehler (Weglassung eines Kommas) ging. Durch vor einer entschiedenen Maßnahme Roms und die Verweigerung des Verfassungseides durch Bischöfe und Geistliche sowie Kirchentheologen verhüllten eine Erklärung des Königs, daß sie vom 15. September 1821 aus Tegernsee. Diese „Legerneuerung“ spielt in den folgenden Kämpfen eine wichtige Rolle. Schon das zeigt, daß sie den Bisschop nicht hat; zudem konnte sie keine Gesehenskraft beanspruchen; denn Bayern war jetzt ein konstitutioneller Staat. Ihre Bedeutung liegt in dem Schlußtage: „Auch erfähren wir neuerdings, daß das Konkordat, welches als Staatsgesetz gilt, als solches angesehen und vollzogen werden soll, und daß allen Behörden obliege, sich genau nach seinen Bestimmungen zu richten.“ Durch diese Anerkennung Entschließung sollte ermöglicht werden, daß die im Religionsedikt in detaillierten Vorschriften entwickelten „unveräußerlichen Majestätsrechte“ ohne jede Verfassungsverleugnung in einer Weise ausgeübt würden, die den Bestimmungen des Konkordates entgegenkam.

Die Katholiken beruhigten sich bei der Erklärung des Königs, auch der Papst, der des unangenehmen Spieles überflüssig wurde.

Ausführungsbestimmungen zur Tegernseer Erklärung ergingen erst am 8. April 1852, 9. Oktober 1854 und 28. März 1859; sie sollten den allgemeinen Grundsatz jener Entscheidung für die praktische Anwendung in eine verbindliche Form bringen und den Vollzug der einzelnen Konkordatbestimmungen klarstellen. Durch Gesetz vom 8. August 1858 wurde ein Verwaltungsgerichtshof zur lehnsamtlichen Entscheidung von Kirchenfällen eingesetzt.

Welches war nun die Wirkung des Konkordates, wie es schließlich rechtliche Geltung fand? Die Beantwortung dieser Frage erforderte die Auflösung der Kirchengeschichte Bayerns im letzten Jahrhundert. Nur einige Hinweise. Es brachte gewiß den Nutzen, daß die kirchlichen Verhältnisse wieder geordnet wurden, wobei aber nicht übersehen werden darf, daß die Auflösung infolge der politischen Wirren und der staatlichen Übergriffe entstanden war. Das im königlichen Schutz und Aufsichtsrecht begründete Staatskirchenamt, welches dem Apostolischen Stuhle in der Not der Zeit abgerungen worden war, machte sich in den einzelnen Perioden mehr oder minder anspruchsvoll geltend; äußerlich trat es stark hervor in dem Rechte des Herrschers auf die Besetzung der höheren Kirchenämter und in dem Anspruch, daß alle Erlassen und Verordnungen der kirchlichen Behörden, sogar die Papstpatente dem Plagat unterworfen werden müssten; es waren so die freien Entscheidungen der Bischöfe auch in rein geistlichen Dingen unterbunden. Die Regierung mischte sich selbst in die Mittel der Seelsorge und die kirchliche Disziplin ein, wobei sie in der Beurteilung durchaus nicht kirchliche Gesichtspunkte maßgebend sein ließ. So war die Kirche Bayerns in ihrer Tätigkeit weitgehend auf den guten Willen der höheren und niedrigeren Staatsstellen angewiesen. Ihre Geschichte im Jahrhundert des Konkordates ist ein fast ununterbrochener Kampf zur Abwehr der staatskirchlichen Umklammerung. Wiederholt sah sich denn auch der Gesamtpapst gezwungen, Vorstellungen zu erheben. In den letzten Jahren wurden freilich einige Forderungen, z. B. das Plazet, nachgiebig in Anwendung gebracht.

Wenn dennoch die katholische Kirche Bayerns während des Bestandes des Konkordates, erstaunte und ausblühte, so liegt das an dem Erwachen des katholischen Geistes, das allenfalls einsetzte; an dem Konkordat vielleicht auch indirekt, indem seine Handhabung, welche die kirchlichen Interessen eifrigstig zu erhalten suchte, gerade dadurch katholische Gesinnung weckte und festigte.

katholischen Aktion (Sektoren) übernommen haben. In Washington tagen permanent die fünf technischen Büros an deren Spitze der berühmte Pauluspatenpater Burke steht. Eines dieser fünf Büros ist ausschließlich der Laienorganisation gewidmet und liegt in den Händen des deutschen Bischofs von Cleveland, Mgr. Schrembs, der als Rebell und Organisator einen großen Ruf hat. Seinem Scharfsinn ist beizutragen der Wert einer Organisation des katholischen Laienamts nicht entgangen. Glücklich hat es die neue Organisation, alle Schwierigkeiten, die von Seiten des apostolischen Delegaten in Washington hätte erobert werden können, vermieden. Auch bei den Bischöfen selber hätten Bedenken wegen einer ungebührlichen Erhöhung des Laienamtes kommen können. Räumlich da heranwachsende Generation, die Jungmänner, könnten vielleicht von den festen Prinzipien der Kirche in ihrer Gesellschaftslehre abweichen und sich den päpstlichen Weisungen nicht fügen. Dieser Gefahr aus dem Wege zu gehen, ist die ständige Sorge des mit der Leitung dieser Gemeinschaft betrauten Büros. Eine dritte Schwierigkeit konnte sich im katholischen Orientum selber einstellen, nämlich in der bereits bestehenden katholischen Laienvereinigung „der Ritter des Columbus“, die fast dieselben Ziele sich gestellt und über bedeutende Mittel verfügen, im öffentlichen Leben großes Ansehen genießt. Die Kirche, die jetzt durch das Emporkommen der neuen Organisation hervorbeschoren worden ist, wird die auch Senator Walsh zu Washington andeutete, ist bedingt durch die besondere Art des Amerikanismus, der gerade durch die Einordnung ins kirchliche Leben fruchtlos werden soll. Räumlich von der Auflösung in Tages- und Abendschulen, in Mittel- und höheren Schulen, erwartet man sich viel Gutes und vor allem die Betonung vieler Vorurteile, die noch im nichtkatholischen amerikanischen Volke festgewurzelt sind.

Ein Blick in die Centralorganisation verrät, wie dort gearbeitet wird, nämlich auf dem Gebiete der Presse, der Schule und der Konferenzen. Die katholische Presse hat sich jetzt zu einem besonderen National Catholic Welfare Council mit dem Sitz in Washington zusammengeschlossen; 70 Zeitungen und 26 große Zeitschriften unterstehen dieser mächtigen Pressezentrale.

Ein besonderes Gebiet zur Betätigung des katholischen Laienamts bildet die Wohltätigkeit. Der Wohltätigkeitskongress zu Milwaukee verzeichnete September führte eine bereite Sprache. Es waren da vertreten 3000 Delegierte, teils Laien und vor allem Laien. Der Bischof Nicholas aus dem Dominikanerorden sprach über den universellen Charakter der christlichen Caritas und empfahl ein Zusammengehen mit allen jenen, die in der bestmöglichen Weise sich der Armut annehmen.

Das Vorurteil, das noch in weiten Kreisen Amerikas gegen die katholische Kirche besteht, soll besonders dadurch bekämpft werden, daß die katholische Lehre immer mehr publisch gemacht wird, und in öffentlichen Reden und vor allem in der Tagespresse vorgetragen und erklärt werden soll. So verlangt es ebenfalls die in den letzten Tagen in Milwaukee abgehaltene Tagung der Gesellschaft vom Namen Jesu, wo der obengenannte Bischof sprach.

Dann wurde der praktische Vorschlag gemacht, die Gesellschaft soll sich in der Presse eine Stütze erkaufen, um dort die katholische Lehre darzulegen. So werde die Presse selber ein Predigerpult und ein Konzil von der aus zu den Massen gesprochen zu werden können. „Heute gibt es kein besseres Mittel in diesem Zweck“, sagte der genannte Bischof.

Ein langer Charakter, aber eben ein Idealist, der durch seine Lustschlösser spazieren ging wie andere durch ihre Lecker und Wälder; ein Poet, der in seinen Träumen die harten Ecken und Kanten der nüchternen Wirklichkeit verlor. Es war nicht ihre — Ruths — Schuld, daß sie sie um so deutlicher sah. Ihre ganze Jugend war ein Stoßen gegen Konten, ein Umstossen von Ecken gewesen. Wie oft hatten die Schwestern neben der Mutter gesessen, wenn diese sich den Kopf über dem Wirtschaftsbuch zerbrach, oder über den Verlusten, der Armut ein Mantelchen umzuhängen. Vor jedem berechtigten Anspruch auf Lebensfreude hatte die Armut mit warnend erhobenem Finger gestanden wie der schwertbewehrte Cherub vor dem Paradiese. Wie hatte man gerechnet und gespart und zu Neujahr gebangt, ob die Rechnung des Arztes und des Apothekers einen mühsam aufrecht erhaltenen Statut über den Haufen werfen würde. Freilich, der Mutter hatte das alles nicht ihren frischen, prächtigen Mut, der Schwestern nicht den Humor genommen. Aber um so mehr litt sie selbst darunter. Es gab ja auch in der Natur Pflanzen, die auf magerem Boden verkümmerten. Wer konnte ihnen das zum Vorwurf machen?

Armut war und blieb die Fessel für Leib und Seele, die kahle Brüste, die hagere Unheilbringerin, die mit dünnen Fingern den Schmelz von allem Schönen abstreifte, alles Feine ins Grobe verzerrte und selbst vor dem Heiligtum der Liebe nicht Halt machte. Aus Armut in Armut wollte Klaus sie führen. Bei dem Gedanken fühlte sie einen Unwillen gegen ihn in sich auffsteigen. Dabei war die Pension des Vaters, so köriglich sie war, wenigstens etwas festes, womit man rechnen konnte, das am bestimmten Tage so sicher erschien wie die Sonne. Die Einnahme eines Schriftstellers dagegen, der von Stimmungen abhängig war und vom Wohlgefallen der Verleger, würde die immer da sein, wenn es galt, Miete zu bezahlen und Kohlen und Brot. Und wenn nicht, dann würde man Schulden machen müssen und hinabgleiten in die Boheme.

Risveille kam ihr fröhlich der Gedanke an jenes schlesischen Dichters kunstschönes, reiches Hause, auch sollte es ja Helden der Feder geben, zu denen das Leben mit Gold und mit Kränzen kam, aber gehörte Klaus zu diesen? Hier war der Punkt, wo ihr Vertrauen versagte. Güßmars Untersangen schien ihr nicht besser, als wenn man sich im dichten Nebel den Bergen anvertraute. Gewiß, man konnte das Ziel erreichen, aber weit wahrscheinlicher war, daß man vom Wege abirre und in einen Abgrund stürzte.

In Sorgen und Sinnen verging der Tag.

Am die Reunion dachte sie nur mit Unlust. Da brachte am Nachmittag ein Bote einen Strauß herrlichster Marschall-Niel-Rosen, leuchtend erlesene Exemplare. Jakob Schepensteds Karte war daran befestigt. Ruth steckte ihr Gesicht in die duftige Pracht, um ihr Erröten zu verbergen; Susanne meinte: „Was wird Güßmar dazu sagen?“ „Ich bitte dich, eine landläufige Aufmerksamkeit! Wer macht davon ein Aufhebens? Sei doch nicht kleinstädtisch“, sagte Ruth leichtfertig, indem sie ihr einziges Festgewand aus dem Schrank nahm, ein gelbes Collienekleid, das, einst zu einer Hochzeit angeschafft, von Susanne mit unendlicher Geduld wieder aufgefertigt worden war. Es stand ihr ausgezeichnet, und als sie dann einen großen Tuff der Rosen am Ausschnitt befestigte, meinte Susanne, die Schwester noch nie so schön gesehen zu haben. Trotzdem — „Ich weiß doch nicht, ob ich mir an deiner Stelle Herrn Schepensteds Blumen ans Kleid stecken würde.“

„Du mußt doch zugeben, daß sie mich kleiden“, lachte Ruth. Alle Schwermut war von ihr abgesunken. Der Duft und die Berührung der tausfrischen Blüten schien sie förmlich übermäßig gestimmt zu haben. — Und dann kam auch schon der Wagen, um sie abzuholen.

„Wann kommst du wieder?“ rief Susanne, als schon die Pferde anzogen.

„Das hängt ja nicht von mir ab.“

„Oh, spät wird es nicht werden“, lachte die Baronin, „ich denke, dies ist ein Vergnügen, das man am besten mit Maßen genießt.“ —

(Fortsetzung folgt.)

Die Schwestern

Erzählung von A. L. Lindner.

12. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Ruth entzog ihm ihre Hand und schlug sie zusammen. „Ihren Beruf aufzugeben! Wissen Sie, ich finde das furchtbar! Und wenn Sie sich schließlich doch täuschen und ins Unglück geraten, so wird Ihr berühmter Dichter Sie auch nicht retten. Weshalb muß es denn sein? Sehen Sie sich doch nur um! Gerade unter unseren modernen Schriftstellern gibt es so manche, die ihren Namen erwarben, während sie Offiziere waren.“

„Ja, aber ich kenne keinen, der nicht früher oder später doch den Abschied genommen hätte. Und gäbe es selbst einen, der den Dienst des Kaisers mit dem der Kunst vereinigte, ich könnte es ihm nicht nachtun. Nur unter Qual könnte ich mich jeden Tag zu Dingen hinreissen lassen, die gegen meine Natur sind, und mich denen entziehen, in denen allein mein Wesenlich auswirken kann. Ich würde auf jedem Gebiete nur Halbes leisten und alles Halbe ist vertieflos; schimmer als nichts. Können Sie mich vorhin denn gar nicht verstehen, Ruth?“ bat er.

„Ich kann mir nicht helfen, ich finde es verneinen. Beinahe als ob jemand ein großes, schweres Schiff verließe, um mit einem kleinen Boot ins Ungewisse hinauszusteuern.“

„Kolumbus galt seinen Zeitgenossen auch als verrückt, Ruth“, fuhr er betrübt fort, „wenn Sie müßten, wie weh Sie mir tun! Ich glaube, Sie hätten Vertrauen zu mir.“

„Ihr Herz zitterte unter seinem ernsten seidenhaften Blick. In diesem Augenblick wurde sie sich deutlich der Nacht bewußt, die er über sie besaß. Ich traue Ihnen gewiß alles Schöne und Gute zu, aber man soll auch das Schicksal nicht herausfordern.“

„Ich fordere es nicht heraus. Im Gegenteil, ich betrete die Bahn, auf die es mich gebietetisch drängt. Wie könnte ich auch etwas Leichtfertiges tun, wo ich keinen heizeren Wunsch kenne, als Ihnen das Leben so schön zu machen, wie es in Menschenkraft steht. „Ruth“,

sagte er, „sagen Sie mir ein gutes Wort. Ich will ja kein Versprechen, nur die Hoffnung, daß ich Sie einst als Gefährtin auf meinem Wege finde werden. Es sollen Rosen an diesem Wege wachsen, das gelobe ich Ihnen. Denken Sie nur einen Augenblick an das, was ich mir so oft ausmale — ein Heim, ganz durchleuchtet von geistigen Kräften, und Sie die Sonne dieses Heims, mein Antrieb zu allem Großen, meine schöne Rose.“ Der Zauber seines Wesens wirkte sehr stark. Einen Augenblick war's ihr, als möchte sie sich an seine Brust werfen und sagen: „Ich gehe mit dir. Führe mich, welchen Weg du willst. Aber sie standen ja im Freien, dicht an einem vielbegangenen Wege.

Und jetzt hörte sie vom Hause her ihren Namen rufen, Susanne erschien in der Balkontür. „Ruth! Mutter braucht dich.“

Die frische helle Stimme brach den Zauber. „Gut, ich komme.“

Noch immer hielt Güßmar ihre Hand fest. „Wann seh' ich Sie wieder? Morgen?“

„Morgen bin ich ver sagt.“

„Wie schade! Und übermorgen muß ich in Dienstlichen Angelegenheiten auf ein paar Tage verreisen. Aber sobald ich zurück bin, komme ich und frage, ob Sie eine Stunde für mich übrig haben.“

„Ja, ja.“ Sie stand schon halb abgewendet vor ihm.

„Und denken Sie an alles, was ich Ihnen erzählte, und sagen Sie mir dann, daß Sie mir recht geben und mir vertrauen.“

„Ruth, aber so komm doch!“ rief Susanne ungeduldig. Da eilte sie davon, und er stand und sah ihr nach, bis der letzte Zipfel ihres Kleides hinter der Haustür verschwunden war.

Zerstreut und unachtsam ging Ruth durch ihre täglichen Obliegenheiten; sie dachte und dachte. Die Zukunft — ihre Zukunft hatte ja soeben die Schleier gelüftet und ihr wahres Gesicht gezeigt. Und der Hauptzug dieses Gesichtes hieß Armut. Fern der gewinnenden Liebessmürdigkeit und der Überredungskunst Güßmars schien ihr sein Vorhaben wieder als erschrecklicher Leichtsinn. Vertrauen verlangte er von ihr. Gewiß, er war ein edler Mensch,

Heim; auch sollte es ja Helden der Feder geben, zu denen das Leben mit Gold und mit Kränzen kam, aber gehörte Klaus zu diesen? Hier war der Punkt, wo ihr Vertrauen versagte. Güßmars Untersangen schien ihr nicht besser, als wenn man sich im dichten Nebel den Bergen anvertraute. Gewiß, man konnte das Ziel erreichen, aber weit wahrscheinlicher war, daß man vom Wege abirre und in einen Abgrund stürzte.

In Sorgen und Sinnen verging der Tag. Am die Reunion dachte sie nur mit Unlust. Da brachte am Nachmittag ein Bote einen Strauß herrlichster Marschall-Niel-Rosen, leuchtend erlesene Exemplare. Jakob Schepensteds Karte war daran befestigt. Ruth steckte ihr

Gleiwitz.

Stadttheater Gleiwitz

652. Direktion: Margot Heide 652.
und Walter Matzner.

Donnerstag, den 9. Februar, nachmittags 5 Uhr

Armul

Ein Trauerspiel in 5 Akten von Anton Wildgans.
Freitag, den 10. Februar, nachmittags 5 Uhr
zum letzten Male! Zum letzten Male!

Die spanische Fliege

Schwarz in 3 Akten von Franz Arnold u. Ernst Bach

Israelitischer Beerdigungsverein Gleiwitz

Unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß
am Sonntag, den 12. Februar 1922 die

Jahresfeier

stattfindet. Vormittag 11 Uhr: Gemeinsamer
Besuch der Gräber auf dem neuen Friedhof.
Nachmittag 4 Uhr in der Synagoge Gottes-
dienst. Seelenfeier, Predigt.

Um recht zahlreiches Erscheinen wird er-
sucht. Der Vorstand.

Gleizer Gebirgs-Verein

Gleiwitz.

Das für Sonnabend, den 11. 2. angesagte
Fest muß bis auf weiteres verschoben
werden.

[2567]

Aufforderung!

Alle Personen, die von dem kürzlich ver-
storbenen Kaufmann

Donat Stoklossa, Gleiwitz,

Bitterstraße Nr. 1

sich Geld oder irgend welche Sachen geliehen
haben, im Besitz von Gegenständen zur Re-
paratur pp. befinden, vielleicht zum Nachlaß
gehörige Objekte widerrechtlich sich angeeignet,
gekauft oder geschenkt erhalten haben wollen,
werden hiermit zur **sofortigen Rückgabe**
an mich, bei Vermeidung von Weiterungen,
aufgefordert.

Gläubiger-Ansprüche und Forderungen an
die Nachlaßmasse sind glaubhaft, evtl. mit Be-
weisbelegen für die Richtigkeit derselben, dem
Unterzeichneten bis zum 20. Februar 1922 bei
Vermeidung des Versfalls anzumelden.

Emil Woitylak, Gleiwitz, Niederwallstr. 10
Fernruf 1294. Gerichtl. bestellter Nachlaßpfleger.

Erst des
hohen
Gold-
und
Schweizer
Franken-
kurses
werden

Uhren, Gold- u. Silberwaren

solange Vorrat, zu sehr billigen Preisen
verkauft. Streng reelle Bedienung.

Richard Opitz, Gleiwitz

Uhren, Gold- und Silberwaren

Wilhelmstraße 8 (unweit Kästling). (2559)

Max Waldmann

17876
von der Handelskammer für den Regierungsbezirk
Doppel öffentlich angestellter und beiderseitiger
Bücherachterständiger und Bücherrevisor
für den Landgerichtsbezirk Gleiwitz
Tel. 1107. Gleiwitz, Kreidelsstr. 19. II. Tel. 1107.

Achtung!

Achtung!

Kaufleute, selten günstiges
Angebot und Existenz!

Gut gebautes, fast neues

Edgrundstück

(1915 erbaut) in Sienianowic auf der
Hauptstraße im Zentrum, ist mit einem
langjährigen, gutgehenden Kolonial-
warengeschäft einschließlich kompl. Laden-
einrichtung pp. für den festen Kaufpreis
von 500 000 Mk. sofort durch mich zu
verkaufen. Auszahlung 3-400 000 Mk.
Laden mit Wohnung kann sofort be-
zogen werden. Vorhandene Waren
werden nach Fakturen übernommen.

Richard Sonsalla, Hindenburg,
Bahnhofstr. 4 oder Dorotheenstr. 27.
Telefon 135. (25760)

Für Geschäftsleute und Malermeister!

Unbedrucktes Zeitungspapier

in kleineren Bündelchen, 67 cm breit, 2 kg 6.- Mari
hat abzugeben

Oberschl. Volksstimme S. m. b. S.

Gleiwitz.

Ein gutes Mutterherz hat aufgehört zu schlagen!

Nach kurzem, aber schweren, mit Geduld er-
tragenem Leiden, verschied gestern nach 2 1/4 Uhr,
wohlversehen mit den hl. Sterbesakramenten, unsere
über alles geliebte, gute Mutter, Schwiegermutter,
Großmutter, Schwester und Tante, die verw. Frau
Wurstfabrikant (2562)

Marie Brendel

geb. Morys

im Alter von fast 67 Jahren.

In tiefem Schmerz

Gleiwitz, den 8. Februar 1922

Alfons Brendel, Wurstfabrikant
Else Friemel geb. Brendel
Adolf Friemel, Direktor, als Schwiegersohn
und 3 Enkelkinder.

Beerdigung Freitag, den 10. Februar, nachm.
3 Uhr, vom Trauerhause, Ring 7, aus.

Kondolenzbesuche dankend abgelehnt.

Volksstimme

Gleiwitz. (2564)

Donnerstag, am 9. Februar

abends 7 Uhr

Abnahme der Fleißarbeiten

in den Reichshallen.

Der Vorstand: Pawlak.

(2562)

Kinderwagen,

Promenaden- und

Sportwagen

in grosser Auswahl
zu billigsten Preisen

H. Guttmann,

Gleiwitz,

Beuthenerstraße 14

Magazin für Haus-
u. Küchen-Geräte.

11571

Knöpfe

für die Herren- und
Damenkleiderei in
bekannt
großer Auswahl

bei 11373

N. Badrian

Gleiwitz

Ratiborerstraße 4

Billard-Blasczyk

Hindenburg-Kronprinzenstr. 139

und (13201)

Oppeln, Wilhelmsplatz 13.

Billard-Reparaturen

jeder Art Autarbeiten schad-
hafter Federbanden, auch
Gummibanden, Fisch, Bälle,
Queues, alle Billardartikel!

Saalwachs Slovit auf Lager.

Umbauen grosser Billards.

Kauf eines Elternbeins.

11386

leben, kann Obermeier's Medizinal-
ausz. sehr empfohlen werden. A.
Hoch, Detting. Zur Nachbehandl.
ist Herba-Creme best. zu empfehlen.
zu haben in allen Apotheken, Dro-
gen- und Parfümerien.

E. M. Mauersberger, Bautzen. Mend.-Graben 3

Uukiro!

beseitigt schnell, sicher und schmerzlos
Hühneraugen

Arzlich
entfernt
schnell
bewahrt.

Hornhaut, Schwielchen, Warten
in Apotheken u. Drogerien erhältlich

11386

30 000 Meter Hemdenstoff

im ganzen oder geteilt zu verkaufen. Preis pro

Meter 25 Mark. Muster stehen bei Einlieferung des

Mühlortes zu Diensten. Lieferung erfolgt nur gegen

Zurücksendung des Betrages.

E. M. Mauersberger, Bautzen. Mend.-Graben 3

möglichst im Zentrum von Hindenburg, 31

nielen gesucht. Geöffn. Angeb. unter 3. 290

an die Volksstimme Gleiwitz.

(2552)

Büro- u. Lagerräume

mit Warenlager, einiges am Platz, in kleiner

Stadt im deutschlebenden Oberschlesien, an

dezen Annehm. wegen sofort zu verkaufen;

erforderlich ca. 65-70 000 M. Kleine anstehende

Wohnung vorhanden. Offeren unter 3. 291 an

die Volksstimme Gleiwitz erbeten.

(2551)

Gutgehendes Uhrmachergeschäft

mit Warenlager, einiges am Platz, in kleiner

Stadt im deutschlebenden Oberschlesien, an

dezen Annehm. wegen sofort zu verkaufen;

erforderlich hierzuland 100- bis 400 000 M.

Nur entleerte und zahlungsfähige Bewerber

wollen ihre Adresse unter 3. 291 an die Oberschlesien

Volksstimme angeben.

Für den Stadtteil Petersdorf

für Lubliniz und Labaud

suchen wir für sofort zuverlässige

Zeitungsaussträgerinnen.

Meldungen erbeten an die

Oberschl. Volksstimme

Gleiwitz, Kirchplatz 4.

Suche ver. bald resp. 1. 3. cr. für Weistreid

fläche selbständige

Pubarbeiterin

die gleichzeitig verkaufen kann. Offeren bei freier

Station und Wohnung an

L. Skolud, Gleiwitz, Ratiborerstr. 11

Ein gut erhaltenener

Kinderwagen

zu kaufen gesucht. Offeren

u. 3. 2. 11 an die Volks-

stimme Hindenburg. (2758)

Groß. Gasthausgrundst.

mit Saal, Mietshaus und

Geschäftsbürogebäude in vol.

weiter. In der Stadt gelegen

wird geg. ein ähnliches in

deutschl. Teil D. zu ver-

kaufen. Anfr. Tarnowitz, D. 291

gegen. Off. unt. 3. 299

an Volksst. Gleiwitz. (2553)

die Volksstimme Gleiwitz.

(2553)

Kleines H

in Stadt oder Land

kaufen gesucht. Geil.

mit Preis und Höhe

Anzahlung unt. E. 291

an Volksst. Gleiwitz. (2553)

die Volksstimme Gleiwitz.

Die Stellung des Papstes als Oberhaupt der Kirche

... Zu jenen Einrichtungen der Katholischen Kirche, die Christus selbst schon bei der Gründung der Kirche zur Ausübung der Kirchengewalt geschaffen hat, gehört in erster Linie der Primat. Das ist ein Dogma der Katholischen Kirche, welches in den Evangelien Matthäus, Lucas und Johannes seine Begründung findet. Der Inhaber des Primats, seit Gelasius (viertes Jahrhundert) "papa" Papst genannt, ist das sichtbare Oberhaupt der geistlichen Kirche, in ihm wird die Einheit der Kirche vertrittet. Nach dem Papstamt, welches selbst in seinen äußersten Konsequenzen auf dem Paritätischen Konzil im Jahre 1870 dogmatisch fixiert wurde, liegt im Banne die "plenaria votus", d. h. die ganze Fülle der Kirchengewalt. Dem Papst steht somit die oberste Lehr-Weise und Regeungsgewalt zu.

Hinsichtlich der Lehre hat der Papst die übernatürliche Fähigkeit unschöpfer Erkenntnis in Gläubersachen, "cum ex cathedra loquitur". Dies wurde ebenfalls durch das oben erwähnte Paritätische Konzil dogmatisch festgelegt. Der Papst hat über die Reinhaltung der Lehre in der ganzen Kirche zu wachen, ihm liegt ferner allein das Recht zu, gültige Gesetze für die ganze Kirche zu erlassen (ius commune), von solchen Gesetzen zu dispensieren und Privilegien zu erteilen.

Hinsichtlich des Kultus wacht der Papst über die Einheit im Missa Liturgie und Verwaltung der Sacramente. Er ist sodann die höchste Instanz in allen Administrationsachen und in allen Angelegenheiten, welche die Kirche heutzutage noch eine Gerichtsbarkeit übt. Dem Papst steht es zu, die Kirche zu vertreten, allgemeine Konzilien zu berufen, Bistümer zu errichten, aufzuheben und zu unterwerfen, deren Sprengel zu ändern, Mönchsorden zu bestätigen, allgemeine Steuern anzutreiben, Kirchenämter zu bestimmen und Aufsichtsorgane zu entenden. Er hat die Oberaufsicht über die gesamte Tätigkeit aller kirchlicher Organe. Zu diesem Zwecke insbesondere sind die Bischöfe und exempte Prälaten verpflichtet, alle Jahre einen in lateinischer Sprache abgefaßten christlichen Bericht über den Zustand der Diözese einzusenden und zwar nach gewissen im Gesetze bestimmten Fragepunkten. Endlich steht dem Papste die Vertretung der Gesamtkirche nach Außen zu.

Dem Papste gehören gewisse Nutzungsrechte, und zwar seit der Aufhebung des Kirchenstaates (im Jahre 1870) eine Jahresdotierung von 3225 000 Kr., die die italienische Regierung dem päpstlichen Stuhle durch das sogenannte Gorauftiegegesetz vom 15. Mai 1871 zugewiesen hat. Papst Pius IX. hat jedoch das Gorauftiegegesetz nicht angenommen, da er für seine Fides in die Veräußerung des als Kirchengut zu befreitenden Kirchenstaates nicht einwilligen durfte. Ferner ist dem Papste ein Teil des Papstesvertrages gewisser Bénéfices zu entrichten. Ihm gehören die Bälligengelder, das sind die bei Verleihung des Bälligums zu entrichtenden ziemlich bedeutenden Taschen. Die Erträge dieser Dispensationstage und Peterspennigs bilden hingegen kein dem Papste gehörtes ständiges Einkommen. Sie werden hauptsächlich für Unterrichts- und Wohltätigkeitszwecke verwendet.

Ferner gehören dem Papste gewisse Ehrenrechte. Ferner treten hervor, in der Titulatur; in der Anrede gebührt ihm der Titel: "Sanctitas Beata" oder "Sanctissime Pater" (Eure Heiligkeit); ferner den Titulaturen seines Amtes und in den Ehrenzeichenungen. Zu letzteren gehört die Adoration. Bischöfe und Mitglieder souveräner Häuser bezeigen sie durch Handkuss, Bischöfe durch einen Kuß des Arms, die übrigen Kleriker und Laien küssen das Kreuzlein auf den Pantoffeln. Des Papstes ist schließlich in der Messe gedacht. An dem Abend, an dem er eine Messe zelebriert hat, darf an diesem Tage kein Priester zelebrieren. Dem Papste ist überall Ehrfurcht zu bezeugen. Sein Leib wird in der Peterskirche begraben, die Esequien für derselben neun Tage.

H. D.

Weitere Lohnverhandlungen bei der J. K.

Kattowitz, 8. Februar.

Wie bereits gemeldet, sind die Lohnverhandlungen für das ganze oberschlesische Industriegebiet am Sonnabend, den 4. 2. 22 gescheitert. Nach den Angaben der Arbeitgeber hat die J. K. nur die Deckung einer Lohnverhöhung bewilligt von 14 Mark durchschnittlich für den Bergbau. Die Arbeiterorganisationen haben, weil sie sich mit dem Satz von 14 Mark nicht einverstanden erklärt, die J. K. als Vermittlungsinstanz angerufen. Es fanden dann am Montag abend bei der J. K. in Oppeln Verhandlungen statt, in der die Lage nochmals besprochen wurde. Die Arbeitervertreter legten an Hand von einschlägigem Material dar, daß die Lohnverhöhungsvorhersagen in Oberschlesien höhere seien als wie anderswo, besonders im Industriegebiet Rheinland und Westfalen. Der Dezerenten der Lebensmittelabteilung gab zu, daß die Steigerung der Lebenshaltung in Oberschlesien 1 Prozent mehr betrage, wie im übrigen Deutschland. Direktor Bane, Leiter des Wirtschaftsdepartements, gab darauf die Erklärung ab, daß die J. K. gewillt sei, die Differenz von 1 Prozent auszugleichen, was einer Lohnverhöhung von 1 Mark pro Schicht gleichkäme. Er würde sich dafür einsetzen, daß anstatt 14 Mark Durchschnittslohn, derselbe auf 15 Mark erhöht würde und außerdem das Kindergeld von 4 Mark auf 4,50 Mark. Somit hätte das Kindergeld die

Höhen des Ruhrreviers erreicht, und steht an erster Stelle. Der zweite Differenzpunkt besteht in der Abstufung für die Erzgruben, Eisen- und Metallhütten, Verfeinerungsindustrie und die Randgebiete.

Nach langwierigen Verhandlungen versuchte Direktor Blane die streitenden Parteien zu einer Einigung zu bringen und empfahl folgende Vorschläge:

Das Kinder geld wird von 4 Mark auf 4,50 Mark erhöht.

Für den Kohlenbergbau 15 Mark Lohnverhöhung pro Schicht.

Für Erz- und Eisenhütten 13 Mark Lohnverhöhung pro Schicht.

Für Metallhütten 12 Mark Lohnverhöhung pro Schicht.

Für Verfeinerungsindustrie 11 Mark Lohnverhöhung pro Schicht.

Für Randgebiete 9 Mark Lohnverhöhung pro Schicht.

Die Gewerkschaftsvertreter glaubten für die ersten beiden Gruppen eintreten zu können. Im übrigen müßten die Vorschläge in einem Premium verhandelt werden. Auch der Vertreter des Arbeitgeberverbandes, Oberdirektor Schmidt, versprach, die Vorschläge dem Arbeitgeberverband zu unterbreiten. Zu den Vorschlägen wird am Mittwoch, den 8. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, im Paritätischen Hauptausschuss Stellung genommen.

Lloyd George als Redner

Eine hübsche Schilderung, wie Lloyd George spricht und wie genau er alle Wirkungen auf seine Hörschaft und über diese hinaus berechnet, gibt in einem englischen Blatt ein Zeitschreiber an einer Versammlung dieser Tage über die Lage durch. Im Anfang der Rede, so erzählt der Zeitschreiber, machen die Photographen auf der Galerie eine Blitztaufnahme. Dann kam ein halbes Dutzend von ihnen herunter in den Saal, um Lloyd George in einer charakteristischen Pose auf die Platte zu bekommen. Es war eine ziemliche Geduldprobe. Ein halbes Dutzend Objektive waren auf den Redner gerichtet und ein halbes Dutzend Geister schielten dahinter herum, auf den Augenblick wissend, der zum Aufnahmen geeignet wäre. Bis etwa in der Mitte der Rede fanden sie dazu keine Gelegenheit. Dann sprach Lloyd George von dem Wert der Konferenz. "Fede Konferenz", sagte er, "ist eine Spur auf der Leiter, die es uns ermöglicht, hinaufzukommen" — und mit Gesten seinen Worten folgend, hobte er mit beiden Händen fächerartige Sprünge in die Luft nach, "hinaufzukommen bis zum endgültigen" —. Seine rechte Hand mit ausgestrecktem Finger wies in unbegrenzte Höhe. Die große Hörerschaft war mitgerissen und hörte das Ende des Sprechers nicht mehr an; sie brüllte vor Begeisterung. Aber die Leute mit der Kamera blieben stahl, und Lloyd George, obwohl ganz in seinem Gedankengang aufgehend, bemerkte doch recht gut, wie sie sich bewegten. Er stieß den Arm sinken, während der Beifall noch andauerte, dann, als gegen die Photographen wendend, hob er ihn wieder und hielt still, während er seinen Satz wiederholte: "Hinaufzukommen bis zum endgültigen Frieden auf Erden." Die Photographen zielten sich erkennbar für diese Rücksicht auf ihre Bedürfnisse und hielten den Ministerpräsidenten in dieser Stellung für die Nachwelt fest.

sein, wenn die Werke in genügender Weise ausgebaut werden sollen. Erschwerungen polnischerseits werden auch hier befürchtet. Um die Eisenindustrie in Ost-Oberschlesien auf der Höhe zu halten, hat die polnische Regierung den Beschluß gefaßt, die in der Nähe Oberschlesiens sich befindenden Erzlager eingehend zu erforschen und zu diesem Zwecke erhebliche Mittel ausgeworfen. Das bisherige Ergebnis der diesbezüglichen Arbeiten läßt nach dem "Breslauer R. Nachr." angeblich keinen Zweifel darüber aufkommen, daß Polen nach einigen Jahren in der Lage sein wird, das oberschlesische Revier mit 40 bis 60 Prozent des Bedarfes an Eisenen mittlerer Güte zu beliefern. Damit die oberschlesische Eisenindustrie unausgesetzt arbeiten kann, will die polnische Regierung, wenn die jetzige Zeit der Scheinkonjunktur vorüber ist, mit Staatsaufträgen für die oberschlesische Industrie herauskommen. Wie weit sich das verwirklichen wird, bleibt abzuwarten.

Die administrativen Veränderungen, die die Zinkindustrie in Oberschlesien bis jetzt vorgenommen hat, zeigen, daß namentlich sie sich der ungeheuren Tragweite, die sich durch die Zuteilung dieser Industrie an Polen ergeben hat, wohl bewußt ist. Die ganze Zinkproduktion Oberschlesiens ist bekanntlich auf polnisches Gebiet gefallen. So weit es geht, trachten die Zinkhütten die Ausfuhr, die für sie immer die Hauptsaite war, nach Möglichkeit aufrecht zu erhalten. Dazu die Grundlagen der Existenz und der Entwicklung der Zinkindustrie sicher gestellt werden, dafür wird hoffentlich in genügender Weise Sorge getragen werden. Im übrigen wird die Lage der oberschlesischen Industrie im ostoberschlesischen Gebiet selbst von polnischer amtlicher Seite infolge der Lösung der alten Beziehungen und der ungenügenden Vorbereitungen neuer Absatzgebiete als unsicher betrachtet.

— (Zu Regierungsräten) wurden ernannt: Die Regierungsräte Wehrmeister von der Regierung Oppeln, Wirthner in Oppeln, v. d. Lühe in Oppeln, Röhring in Oppeln, Ebbinghaus in Oppeln.

Aus Oberschlesien

Zum Umschwung im oberschlesischen Montanrevier

Die in letzter Zeit im oberschlesischen Industriegebiet durchgeführten administrativen Veränderungen beweisen, daß nicht nur die Eisenindustrie, sondern auch die Kohlenindustrie und die mit der Montanindustrie mehr oder weniger zusammenhängenden Zweige der ausgedehnten oberschlesischen Industrie, so gut es eben geht, sich in den neuen Rahmen einzufügen trachten. Die bei der Abteilung für Handel und Industrie beim polnischen obersten Volksrat in Kattowitz einlaufenden Anträge auf Aenderungen bei der Industrie, mehren sich immer mehr. Das der genannten Behörde unterstellt Oberbergamt in Kattowitz (mit Bergämtern in Königsberg, Rybnik und Tarnowitz) soll sich auch mit der Frage der Aufschließung neuer Kohlenbergwerke in Oberschlesien befassen. Trotz der ungeheuren Kosten, die eine Schachtanlage derzeit verursacht, ist geplant, mit dem Abteufen verschiedener neuer Schächte bald nach der Übernahme der Verwaltung durch Polen zu beginnen. Man nimmt an, daß die Kohlenindustrie in Oberschlesien sich im Laufe der Zeit weiter heben und daß namentlich die Ausfuhr von Kohlen nach den östlichen Wirtschaftsgebieten einen vergrößerten Umlauf annehmen wird. Bezüglich der staatlichen Kohlenbergwerke, die an Polen gefallen sind, wird verschiedenes projektiert, das noch nicht ganz zur Reife gediehen zu sein scheint. Sicher ist, daß speziell in dieser Beziehung polnische und französische Interessen sich vereinigen werden. Was die privaten Werke anbetrifft, so werden sehr starke Kapitalserhöhungen nötig

sein, um die Werke in genügender Weise ausgebaut werden sollen. Erschwerungen polnischerseits werden auch hier befürchtet. Um die Eisenindustrie in Ost-Oberschlesien auf der Höhe zu halten, hat die polnische Regierung den Beschluß gefaßt, die in der Nähe Oberschlesiens sich befindenden Erzlager eingehend zu erforschen und zu diesem Zwecke erhebliche Mittel ausgeworfen. Das bisherige Ergebnis der diesbezüglichen Arbeiten läßt nach dem "Breslauer R. Nachr." angeblich keinen Zweifel darüber aufkommen, daß Polen nach einigen Jahren in der Lage sein wird, das oberschlesische Revier mit 40 bis 60 Prozent des Bedarfes an Eisenen mittlerer Güte zu beliefern. Damit die oberschlesische Eisenindustrie unausgesetzt arbeiten kann, will die polnische Regierung, wenn die jetzige Zeit der Scheinkonjunktur vorüber ist, mit Staatsaufträgen für die oberschlesische Industrie herauskommen. Wie weit sich das verwirklichen wird, bleibt abzuwarten.

Die administrative Veränderungen, die die Zinkindustrie in Oberschlesien bis jetzt vorgenommen hat, zeigen, daß namentlich sie sich der ungeheuren Tragweite, die sich durch die Zuteilung dieser Industrie an Polen ergeben hat, wohl bewußt ist. Die ganze Zinkproduktion Oberschlesiens ist bekanntlich auf polnisches Gebiet gefallen. So weit es geht, trachten die Zinkhütten die Ausfuhr, die für sie immer die Hauptsaite war, nach Möglichkeit aufrecht zu erhalten. Dazu die Grundlagen der Existenz und der Entwicklung der Zinkindustrie sicher gestellt werden, dafür wird hoffentlich in genügender Weise Sorge getragen werden. Im übrigen wird die Lage der oberschlesischen Industrie im ostoberschlesischen Gebiet selbst von polnischer amtlicher Seite infolge der Lösung der alten Beziehungen und der ungenügenden Vorbereitungen neuer Absatzgebiete als unsicher betrachtet.

— (Zu Regierungsräten) wurden ernannt: Die Regierungsräte Wehrmeister von der Regierung Oppeln, Wirthner in Oppeln, v. d. Lühe in Oppeln, Röhring in Oppeln, Ebbinghaus in Oppeln.

Kunst u. Wissenschaft

Stadttheater in Neisse „Der Schellenkönig“

Komödie in 3 Akten von J. L. Nagel.

Eine Uraufführung... Über den Verfasser sei gesagt, daß er einst in Neisse die Gymnasiallehrer war und zwar seit er einst in Neisse die Gymnasiallehrer war und heute Landrat von Neurode ist. — Das Spiel spielt in der Gegenwart im östlichen Deutschland. Inhalt: Der Amtsdiener Melius hat aus Geistlichkeit den Häftling Koch zehn Tage länger festzuhalten als er zulässig war "lassen". (Ob es etwas in zwischen und 2. heute noch möglich ist?) Um nicht noch mehr mit den Paragraphen in Berührung zu kommen, gewöhnt der Amtsrichter dem Häftling Koch weiter in Hapt zu bleiben, mit dem er weiteren Gefängnisauenthalt vorzusagen als den Leitung vermisst sich aber gerade dadurch Melius und nicht in Kureck. Der Häftling begründet seinen Wunsch weiter in Hapt zu bleiben, mit der Begründung, es ist strenger Winter. In Wirklichkeit aber hat der Sträfling Koch noch einiges mehr dem Kureck, ist nämlich das berüchtigte Oberhaupt einer Falschspielerbande, der "Schellenkönig", der Polizei seit langer Zeit auf den Fersen. Durch seinen ersten unfreiwilligen, jetzt freiwilligen Gefängnisauenthalt ist der Polizei Gefüchte unerklärt. Der Sträfling Koch — neue Gestalt, mit der das Stück steht oder fällt — gab Hans Thiede in seiner leinwandgestalteten Zeichnung. Ihm unterlag auch die Regie. Als Amtsrichter Melius war Kurt Klemm, nicht so glücklich wie in seinen bisherigen Rollen, daß ihm die Komödie weniger liegt. Die sonstigen Personen: die Amtsrichterin Charlotte (Christel Schulz), Referendar Kilian (Richard Eriksen), Gerichtspräsident Bachmann

(Bernhard Blagge-Blathen), Kriminalkommissar Stecher (Walter Boguski), Gefängniswärter Gollotzschek und dem (ziemlich unvorbereiteten) Justizbeamten (Hans Bernhardt) und das Dienstmädchen Josephine (Ida Koslowitz) erfordern keine übermäßige Anstrengung und können als gelungen bezeichnet werden. — Das zur Hölle besetzte Haus erstaunlich leicht seine Mauern losgerissen, und Präsident und Häftling rennen gemeinsam in die schrecklichen Mauern der Stadt. — Am folgenden Morgen ist Melius, worauf der Präsident seinen "Lebensreiter", den Häftling Koch auf das Wärmste empfängt, daß er gestern eben in der Annahme war, den drei herausbrechenden Gestalten überfallen zu werden. Da tritt Kriminalkommissar Stecher ein. Der Häftling und das amtsrichterliche Théâtre schwanken in furchtlicher Angst: der erstere in Anbetracht seiner ungewöhnlichen Falschspielerferei, die letztere vor der Entdeckung des rechtswidrigen Gefängnisauenthaltes Kochs. Kriminalkommissar Stecher hat aber inzwischen herausgekriegt, daß Koch mit dem Gefängniswärter gefaßt hat und zwar wiederum falsch. Er gibt dem Sträfling durch die Blume zu verstehen, daß man sein letztes Vergehen übersehen werde, ihn aber wegen seines früheren Schandtaten festnehmen müsse. Der Sträfling gibt sich wehmüdig mit dieser Abfindung auf, der Präsident ist großartig hinter dem Lachen und der Amtsrichter ist aus einer Verlegenheit heraus.

Das Stück ist nicht überall durchdacht. Das Ende wird bei der allmählichen Entwicklung des Komödien durch den Kriminalkommissar nicht unangenehm an das Schlusshkapitel eines guten Detektivromanes. Überall Krieg! Jämmer noch... Nun ist bei uns in Oberschlesien die wir schon einige Bütze der heiliggekrochenen weiß-roten Volksfeinde zu bestehen hatten, in den letzten Wochen ein neuer Krieg erklart worden. "Künft nicht schlafende, höllische Bürger der Stadt Kattowitz" haben dem Direktor des Kattowitzer Stadttheaters den Fehdehandschuh durch die Kattowitzer Presse hingeworfen! Ja — sie haben sogar mit gewaltiger Geste und noch gewaltigeren Worten den Käufleuten der Stadt Kattowitz angekündigt. Jeder Kattowitzer Kaufmann, jede Käufleute zittert seit jenem Tage in

Stadttheater Ratibor

— Ratibor, 8. Februar.

Krieg überall! Jämmer noch...

Griechen und Wehrkrieger dreschen sich mit Polenkrieger im europäischen und asiatischen Ausland. Griechen und Römerkrieger morden einander in Kleinasien. Spanier lassen sich in Afrika von Halbwilden, die von 1914-18 europäische Kriegskultur gelernt haben. Ohren und Nasen abschneiden und heraushauen die Schädel einschlagen. In Indien hat der Besuch des englischen Thronfolgers das Signal zu einem großen Aufmarsch gegeben. Auf dem Balkan vergeistigt kein Tag ohne daß irgend eine Schießerei geschieht. Italiener haben ihren bereits jahrelangen Guerillakrieg in Tripolis noch immer nicht beendet.

Überall Krieg! Jämmer noch...

Nun ist bei uns in Oberschlesien die wir schon einige Bütze der heiliggekrochenen weiß-roten Volksfeinde zu bestehen hatten, in den letzten Wochen ein neuer Krieg erklart worden. "Künft nicht schlafende, höllische Bürger der Stadt Kattowitz" haben dem Direktor des Kattowitzer Stadttheaters den Fehdehandschuh durch die Kattowitzer Presse hingeworfen! Ja — sie haben sogar mit gewaltiger Geste und noch gewaltigeren Worten den Käufleuten der Stadt Kattowitz angekündigt. Jeder Kattowitzer Kaufmann, jede Käufleute zittert seit jenem Tage in

ihren Grundrechten vor den schwarzen, wild dräuenden Kriegsvölkern, die sich über ihnen zusammenballen.

Und der Grund zu diesem entsetzlichen Verhängnis? ... Direktor Gottscheide, vor dessen "Lüchtigkeit und Idealismus" die "fünf hellhörigen Käufle" trocken Achtung haben, hat sich zu der Taktlosigkeit hinzuwenden lassen in dem Operettentrick "Kaiserspiels" die Stadt Kattowitz und ihre Einwohner fortgelebt dadurch zu verunglimpfen und zu verböhnen", daß er, bezw. der Spieler des Schauspiels, ein komisches Ehepaar aus Kattowitz herstellen ließ.

Ist das nicht furchtbar? Das Kattowitzer Stadttheater wird sehen, was es davon hat. Kein hellhöriger Käufle wird es mehr mit seinem Besuch glücklich. Das Ende wird sein: Der Zusammenbruch des neuen Kunstinstitutes. Denn die fünf hellhörigen Käufle waren ja immer nur die einzigen Theaterenthusiasten die bis jetzt täglich das Kattowitzer Stadttheater füllten.

Wie wohl das Ende dieses entsetzlichen Käufle-Ratiboren Krieges ausfallen wird? ... Noch hat man von dem Streit der fünf hellhörigen nichts merken können... Und doch zieht ganz Ratibor einschließlich des Stadttheaters davon. Direktor Gottscheide hat es sich trotzdem nicht nehmen lassen einige Tage nach dem katholisch-österlichen "Kaiserspiels" eine schön abgerundete Aufführung von Schillers "Lüchtigkeit und Idealismus" zu wagen. Und dieses Werk mit seiner sozialen Tendenz mit seinen Klampenwörtern gegen die sittliche Fäulnis an den damaligen kleinkirchlichen Höfen hat seine tiefste Wirkung auf das Kattowitzer Publikum nicht verfehlt. Schäfner als alter Miller, Charlotte Kühlmann als Lühe und Kabend als Ferdinand sowie die stolze Inszenierung trugen zu den starken Eindrücken dieser Klassikaufführung wesentlich bei.

A. Hellmann.

(Aufruf der christlichen Gewerkschaften.) Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften erläutert im Zentralblatt einen Aufruf an die Mitglieder. Er fordert zur Zahlung eines einmaligen Beitrages in Höhe von einem Stundenlohn auf. Das Geld soll zur Durchführung der Bestrebungen und Ideen der christlichen Gewerkschaftsbewegung dienen. Die Opferwilligkeit der christlichen Arbeiterschaft wird den Ruf sicher nicht unbeachtet lassen. Es geht darum, die in der Arbeiterschaft ruhenden geistigen und wirtschaftlichen Kräfte zur vollen Entfaltung zu bringen.

!" (Zugverkehr.) Von Mittwoch, den 8. Februar ab verkehren zwischen Oppeln und Breslau nunmehr die Züge 277 und 288, die von Breslauer Personal zu fahren sind, sowie die Züge 278-279 und 272-279, die von Oppelner Personal gefahren werden. Alle übrigen Schnell- und Personenzüge fallen zwischen Oppeln und Breslau aus, ebenso Zug 499 Breslau-Tannen-Oppeln zwischen dem Industriegebiet und Oppeln, sowie zwischen Oppeln und Tannen verkehren die planmäßigen Züge mit Ausnahme von D 58-88-37, die auch zwischen Myslowitz und Oppeln ausfallen.

! (Postreise.) Postanweisungen nach England kosten nach dem Stande vom 31. Januar 1 Pfund 950 M. je 100 der fremden Währung nach Argentinien 20 004, Belgien 1922, Dänemark 4484, Deutschösterreich 8, Finnland 484, Frankreich 2014, Griechenland 1115, Japan 10685, Luxemburg 2014, Mexiko 2217, Niederlande 8949, Norwegen 2513, Schweden 5643, Schweiz 4338, Spanien 8369 Tschechoslowakei 427, Ungarn 33 M.

(Warschau Vorbereitungen zur Übernahme in Oberschlesien.) Wie aus Warschau gemeidet wird, berichtete in der letzten Sitzung des Sejm ausschusses für auswärtige Angelegenheiten der Leiter der polnischen Oberschlesienkommission, Minister Olzowski, über den Verlauf der deutsch-polnischen Verhandlungen und betonte, daß eine große oberschlesische Bank mit dem Kapital einer freundschaftlichen Macht (Frankreich) im Entstehen begriffen sei, die der polnischen Regierung über die gefährlichen Alippen der Balutafrage hinweghelfen soll. Die Vorbereitungen für die Übernahme Oberschlesiens seien im vollen Gang. Es wurden 7 Starosteien gebildet, an deren Spitze sieben ortsfähige Rechtsanwälte treten. Zum Wojewoden wird wahrscheinlich der Abgeordnete Rymer ernannt, zum Bzwojewoden Tarczynski aus Teschen (1) und an die Spitze des Polizeiwesens tritt Herr Wochek aus Teschen (1). 60 Prozent aller für den Justizdienst benötigten Kräfte seien bereits gestellt. Die militärische Formation steht unter Leitung des Obersten Modnicki.

(Die Ortskohlenstellen bleiben.) Die Orts- und Kreiskohlenstellen sollte man in einer Reihe von Hausratvergütungsbezirken auflösen und die Verteilung der Kohlen dem Handel überlassen. Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung hält dies aber für sehrlich verfehlt. Die Versorgung mit Hausrat werde voraussichtlich noch längere Zeit unbestreitbar bleiben. Ohne sachgemäße Unterwertung würden bedenkliche Rostfälle eintreten. Den Kohlenkommissar stehen aber Zwangsmitte gegen eine Auflösung der Ortskohlenstellen nicht zur Verfügung. Auf seinen Wunsch hat deshalb der Handelsminister in Endernehr mit dem Minister des Innern die Regierungspräsidenten erfuhr, einer Auflösung bis zum vollen Abbau der Kohlenzangswirtschaft entgegenzutreten.

(Die Sicherheit der Postpäckete.) Der Verlust von gewöhnlichen Paketen wird von der Post nur noch auf Antrag des Empfängers oder des Absenders gemeldet. In vielen Fällen ist der Empfänger nicht darüber unterrichtet, daß er ein Paket zu erhalten habe, der Absender wiederum in dem Glauben, die Sendung sei dem Empfänger ausgehändigt. So beantragt weder der eine noch der andere Nachforschungen. Der Fortfall der Fehlmitteilungen bringt deshalb eine große Un Sicherheit des Paketverkehrs und reizt zur Veruntreuung. Der deutsche Industrie- und Handelstag hat deshalb sich in einer Eingabe an den Reichsminister mit dem Antrag gewandt, das alte Verfahren der Fehlmitteilung auch ohne Antrag von Absender oder Empfänger wieder eintreten zu lassen.

(Aus Handel und Industrie.) Die Mafinienfabrik Adolf Stephan's Nachfolger hat ihre Hauptniederlassung von Beuthen nach Schlesien verlegt. Die bisherige Hauptniederlassung in Beuthen ist Zweigniederlassung geworden. — Die deutsche Gruben- und Schachtbauunternehmung mit bekränkter Haftung in Breslau hat die Zweigniederlassung in Königshütte aufgehoben. — Dafür ist mit einem Stammkapital von 200 000 Mark in Königshütte eine Gruben- und Schachtbauunternehmung mit bekränkter Haftung ins Leben gerufen worden, zu deren Geschäftsführer Bergwerksdirektor Januszowski ernannt worden ist. — In Katowitz ist unter der Firma "Oriente" eine Gesellschaft mit bekränkter Haftung gegründet worden. Gegenstand des Unternehmens ist der Engroßhandel mit Lebensmitteln, Futtermitteln, Produkten der Eisenindustrie, Heizmaterial, Pferden, Schlachtw. und Schlachtabprodukt. Das Stammkapital beträgt 120 000 Mark. Geschäftsführer sind die Kaufleute Johann Firla und Stanislaus Grzimek in Katowitz und Eugenius Nischert in Krakau.

wir auch in diesem Jahr eine recht große Anzahl Pflegestellen im Auslande zugewiesen erhalten.

(Personalien von der Reichsbank.) Der Reichsbankinspektor Helling, von der heisigen Reichsbanknebenstelle ist am 27. Januar zum Reichsbank-Oberinspektor ernannt worden.

(Cäcilienverein "Allerheiligen.") Infolge der veränderten Verhältnisse ist die "Glazier Klimes" ausgeschlossen, nicht aber aufgehoben. Die Einladungen zu derselben behalten daher ihre Gültigkeit. Die Bekanntgabe des Vereinsvertrages erfolgt durch ein Justrat.

(Der G. B. Oelwitz) gibt durch Justrat bekannt, daß für Sonnabend angelegte Fest bis auf weiteres verschoben wird.

(Kontrolle.) Vorgestern früh setzte am heisigen Bahnhof eine scharfe Kontrolle der Reisenden ein. Apotheker und Belehrungsobjekten kontrollierten jeden Reisenden auf seine Ausweispapiere und nach Waffen.

(Untersuchung im Zusammenhang mit den Petersdorfer Vorfällen.) Die deutsche Regierung hat, wie die D. A. Z. erfuhr, den früheren Reichskommissar für die Durchführung der Entwaffnung Staatssekretär z. D. Dr. Peters beauftragt, sich nach Schlesien zu begeben, um dort festzustellen, ob die in Oberschlesien eingetretene Zwischenfälle, wie in der Mitteilung des französischen Botschafters behauptet wurde, in Zusammenhang mit Geheimorganisationen stehen, die sich in Mittel- und Niederschlesien aufhalten sollen.

(Ein interessanter Beleidigungsprozeß.) Bekanntlich hat der 1. Vorsitzende des Haus- und Grundbesitzervereins in Gleiwitz Herr Wenzel in einer Protestversammlung des Haus- und Grundbesitzervereins im Juni v. J. die Bewirtschaftung des Gutes Gardel kritisiert. Der Dezerent des Gutes Gardel Dr. Stęzynski sah jedoch betroffen und stellte durch den Amtsgericht Gleiwitz gegen Herrn Wenzel und den Redakteur Wirth Erstsonderung. In dieser Angelegenheit steht nunmehr am 10. Februar ds. J. vor dem neuinviertel Uhr vor dem heisigen Amtsgericht Termin an. Herr Wenzel hat eine Reihe von Zeugen laden lassen und verschiedene Beweisnachrichten gestellt. Der Ausgang des Prozesses dürfte von allgemeinem Interesse sein.

(Der Gesundheitszustand in unserer Stadt) hat sich auch im Monat Januar wiederum gezeigt. Während im Vormonat 28 Erkrankungen (im Dezember 31) zur Anzeige gebracht wurden, gelangten im Januar 18 Erkrankungen zur amtlichen Kenntnis. Sie verteilen sich auf Lungenerkrankungen, Diphtherie, Masern, Rachenentzündungen, Kinderkrankheiten und Kindbettfieber. Grippe gelangte nicht zur Anzeige der Bevölkerung. Die meisten Opfer hat die Lungenerkrankung gezeigt, von denen die zur Anzeige gebrachten 6 Erkrankungen sämtlich tödlich verlaufen sind. An Diphtherie wurden 5 Erkrankungen mit 2 Todesfällen gemeldet. Dagegen waren an Masern und Rachenentzündungen in diesem Monat nur 2 Erkrankungen mit je einem Todesverlauf zu verzeichnen. Außerdem kamen je ein Fall an Ruh und Kinderkrankheit vor.

(Sammlungen für das Kloster in Pilchowiz) finden gegenwärtig in unserer Stadt statt. Den sammelnden barmherzigen Brüder werden, wie wir hören, erhebliche Schwierigkeiten bereitet, die auf die seinerzeitigen politischen Vorfälle im Kloster Pilchowiz zurückzuführen sind. Wir möchten zur Klärung darauf hinweisen, daß heute die Dinge in dem Kloster Pilchowiz anders liegen wie früher. Der damalige Prior ist nach Galizien versezt worden und auch der größte Teil der Patres. Es ist deshalb gesorgt, daß eine politische Einstellung seltens des Klosters nicht mehr erfolgt. Es liegt daher für die deutschen Katholiken absolut kein Anlaß mehr vor, weniger gebraudig zu sein wie in anderen Jahren, um so mehr als die Kosten der Krankenpflege ganz erheblich gestiegen sind. Das Kloster hat ungefähr 60 Kranke aus Gleiwitz zu versorgen und die Gesamtkosten belaufen sich auf über 300 000 Mark.

(Zum Danz.) Die Hospitalverwaltung und der Verein der Polizelexekutivbeamten haben dem Wirt des Oberschlesiendörfchens ein Anerkennungsschreiben überliefert, in dem sie ihm für die uneigennützige Tätigkeit im Dienste der Armen und allen Leute den besten Dank aussprechen. In dem Lofat waren Sanitätsleute für die Anfassen des Hospitals und für die Witwen und Waisen genannten Vereins aufgestellt. Es waren wesentliche Beträge eingetragen.

(Graf Strachwitz-Abend.) Wer kennt nicht die eingeschönen Balladen "Alte Liederberg", "Tod" - "Rölands Schwabenlied" - "Das Herz von Douglas"! Sie sind alle von unserem Heimatdichter Moritz Grafen Strachwitz. Am 13. März 1922 können wir auf die 100. Wiederkehr des Geburtstages unseres idyllischen Dichters zu rückblicken. Unter Volksbildungswert will den hundertsten Geburtstag nicht unbedacht vorüber gehen lassen und diesen Heimatdichter durch einen Vortragsabend feiern. Und was Herz schlägt nicht höher, wenn es hört, daß als Redner für den Strachwitz-Abend ein Enkel dieses großen Meisters, Graf Hubertus Graf Strachwitz, gewonnen ist. Der Redner ist ein geborener Gleiwitzer und hat im vorigen Jahre uns mit einem Vortrag bereits erfreut. Damals lernten wir erkennen, daß Strachwitz ein hervorragender Redner und reicher literarisch tätig ist. Nun wird er uns, der auch noch durch nahe Bande des Blutes mit dem zu feiernden Dichter verknüpft ist, die Eigenschaften des großen Dichters auch als Erzähler samt seiner Reigung zum Humor vor Augen führen. Es sei noch besonders betont, daß das tragische Schicksal, das dem Dichter schon im 26. Lebensjahr den Tod bestimmt, auf das innigste mit der Familie Strachwitz auf Schloss Kamienitz im Gleiwitzer Kreise verbunden ist, besonders mit dem Leben Sidonies, die als Gräfin Saurma-Jetzki erst im Jahre 1912 in Kamienitz starb. Ihr Vater war 16 Jahr Landrat unseres Kreises, ebenso ihr Bruder, der das Landratsamt in Gleiwitz auf der Teutoburgstraße erbaute und in dem der Redner des Abends als jüngster Sohn geboren wurde. Daher auch die Strachwitzstraße, die am Landratsamt vorbeiführt. Es steht den Gleiwitzern am Freitag, den 10. M. ein unregelmäßiger und heimatlicher Abend im oberen Stadtgartencafe bevor.

(Bestohlen) wurde eine Verläuferin, der Diebe aus ihrem Zimmer wertvolle Sachen holten.

(Kreis Hindenburg)

(Ein jugendliches Familienhaus niedergebrannt. — Das Werk von Brandstiftern.) Eine ruchlose Tat, die in weiten Bevölkerungskreisen berechtigte Enttäuschung ausgelöst hat, ist, wie bereits kurz gemeldet, in der Nacht zum Dienstag auf dem neuen Siedlungsgelände des Bergfinkus an der Luisenstraße von vorsätzlich noch unbekannter Hand verübt worden. Kurz nach 8 Uhr abends wurde von den umliegenden Bewohnern beobachtet, daß aus dem zweiten Familienhaus in westlicher Richtung starke Rauchschwaden herausquollen. Die sofort benachrichtigten Brandwachen der Gemeinde Zaborze und des

Westfeldes der Königin Luisegrube bemühten sich, leider vergebens, das Feuer im Keine zu ersticken, was ihnen insfern nicht gelang, als die Hydranten vereist waren. Der vereinten Tätigkeit mit der Gemeindebrandwache, der Freiwilligen Feuerwehr Hindenburg und der Brandwache der Donnersmarckhütte gelang es in anstrengender Sichtbündiger Arbeit, das gefährdeten Familienhaus zu retten, während das zweite Haus bis auf die Ummauerungsmauern niedergebrannt. Glücklicherweise war das Haus, das erst noch austrocknen muß, noch unbewohnt. Wie einwandfrei erwiesen wurde, ist das Feuer in einem Raum in dem Torsitzenplatten zur Wandbekleidung lagerten, von freudhafter Hand angelegt worden. Das Haus war für bergfinkalische Angestellte bestimmt. Hinsichtlich gelingt es bald, die Brandstifter zu ermitteln und der gerechten Bestrafung zuzuführen, damit die Tat, durch die das Heer der Wohnungsflüchtigen noch vergroßert wird, wenigstens einigermaßen geahndet wird.

(M. G. B. Liedertafel) Die Chorprobe findet diese Woche Donnerstag statt.

(Diebstahl.) Dem Kaufmann Wotek wurden nach Beitrümmern der Fensterscheibe Rauchwaren im Werte von 14 000 Mark und einem Kaufmann in der Paulstraße aus dem Keller mehrere Kisten Margarine gestohlen. Der Schaden beträgt ungefähr 10 000 Mark.

(Spindelbrenner.) Am 4. ds. Mts. wurde einem Spindel von der Konkordigrube im Schlaflauhaus auf dem Spindel ein Lohnbeutel mit 17000 Mk. durch einen Arbeitskollegen gestohlen.

(Ein Kind vor dem Erdbeben gerettet.) Am 6. ds. Mts. ist auf der Werderstraße beim Aufstauen einer eingetroffenen Wasserleitung in eine Lücke, durch welche die Wasserleitung führt, derartig viel Rauch eingedrungen, daß ein zwölfjähriges Kind, das dort von der Mutter ohne Aufsicht zurückgelassen worden war, bei ihrer Rückkehr in halbverzücktem Zustand unter einem Stuhle aufgefunden wurde. Ob Fahlräumigkeit oder Absicht vorliegt, konnte noch nicht festgestellt werden. Durch ärztliche Hilfe gelang es, das Kind ins Leben zurückzurufen.

(Einbruchsdiebstähle.) In der Nacht zum 6. ds. Mts. wurde die Schauenscherle in dem Zigarettengeschäft Wotek auf der Friedrich-Karlsstraße zertrümmert und Rauchwaren im Werte von 1400 Mark aus dem Schaufenster gestohlen. — Einem Kaufmann von der Paulstraße entwendeten Einbrecher aus dem verschlossenen Keller mehrere Kisten Palmin und Margarine im Werte von 10 000 Mark. — Im Badehaus der Guidogrupe wurde einem Grubenarbeiter während der Schicht sein gesamter Anzug nebst Wäsche im Werte von 4000 Mark gestohlen. Der Täter hat die Sachen an Ort und Stelle angezogen und dafür seine alten Lumpen zurückgelassen.

(Wem gehört das Fahrrad?) Vor einigen Tagen beobachteten zwei Bahnbeamte, wie ein Mann, der ein Fahrrad auf der Schulter trug, vom Geschäftshaus nach dem Feldweg an der Zabrzestraße zulief. Auf ihren Anruf warf er das Rad von sich und flüchtete. Das Rad, das am Hinterrade verschlossen war, trägt die Marke "Görlitz Nr. 509, 281". Eigentumsansprüche können bei der hiesigen Kriminalpolizei gestellt werden.

(Rudo, 8. Februar. (Seuche.) Hier wurde die Maul- und Klauenpest festgestellt.

(Bistupiz, 8. Februar. (Richtpreise) für Fleisch, Speck- und Wurstwaren für die Zeit vom 6. bis 12. Februar 1922. Schweinefleisch 20 bis 25, Kalbfleisch bis 20, Rindfleisch je nach Qualität 14 bis 19, Tafel 22 bis 25, Speck — dic — 31 bis 34, rohe Rouladenwurst 20, gefüllte 26, gute Leberwurst 25 bis 32, Braunschweiger 30, Preßwurst 25 bis 30, Bungenwurst 32, Margarine 29,50 Mark das Pfund. Schmalz 2 Mark über den Einheitspreis. Geringe Ware wird unter diesen Preisen verkauft.

(Bistupiz, 3. Februar. (Höchstpreise.) Laut Vereinbarung der Kaufmannschaft und den Verbrauchern wird für die Woche vom 6. Februar 1922 bis 12. Februar 1922 von der Paritätischen Preisprüfungskommission nachstehende Höchstpreise pro Pfund festgesetzt worden: Roggennmehl 70 Prozent marktfrei 5,00 Mark, Weizenmehl 70 Prozent marktfrei 6,00 Mark, Gerste mürbe 6,50 M. Mürbeteige — fein — 7,20 Mark, Riegelraupe grob 6,60 Mark, Weizengrieß 7,00 Mark, Hartgrieß aus Weizen 6,20, Margarine 4,50 Mark, Eier-Rudeln 9,00 Mark, Eier-Kadennudeln 12,00 Mark, Zucker 6,20 Mark, Bratkreis 6,25 Mark, Brotzise 9,00 Mark, Ersben — gewöhnliche — 5,50 Mark, Bitteraerben 6,50 Mark, Bohnen — weiße — 5,50 Mark. Die vor der Gemeinde festgelegten Bohnen zu dem von der Gemeinde festgelegten Preise. Heringe — Schollen pp. — 1,70 — 2,40 Mark, Steinatz mit Verpackung 0,80 Mark, Siedelatz mit Verpackung 1,10 Mark, Heferslocke lose 5,80 M., Milch 6,00 Mark Käseflocke 15 Mark, Matzklasse lose 5,80 Mark, Sauerkohl 2,60 Mark, Margarine bis 29,50 Mark, reines Schweinefisch 2 Mark über den Einheitspreis, Butter 2 Mark über den Einheitspreis, Eier geköpft 3,20 Mark je Stück, Eier klein 3,60 Mark je Stück, Petroleum 9,00 je Liter. Höhere Preise als die vorstehend genannten dürfen seitens der Kaufmannschaft nicht gefordert und nur der notwendigste Haushaltsbedarf befriedigt werden. Urkeln im Originalverpacken müssen zu dem auf der Packung vorgeschriebenen Preise verkauft werden, da sonst bei Übertragung strafbar vorgegangen wird. Käse ist, wie darauf aufmerksam gemacht, daß die Vorschrift des Anhangs von Preistafeln streng durchgeführt werden muß.

(Biskupiz. (Bestandene Prüfung.) Das Abiturium mit Befreiung vom Mündlichen bestand am städtischen Gymnasium zu Kattowitz Herr Willi Krebschmer von hier.

(Kunzendorf, 8. Februar. (Raubüberfall.) In die Wohnung des Schneidermeisters Mierswa drangen Dienstag abends nach 6 Uhr 6 unbekannte Banditen ein und forderten unter Vorhaltung von Waffen die Herausgabe des Bargeldes und der Stoffe. Der Überfallene rief um Hilfe. Die vorüberziehende Streife eilte sofort nach der Wohnung. Die Banditen konnten aber entkommen. Erbeutet haben sie nichts.

(Kreis Gleiwitz. Kinderfürsorge)

Der Ausschuß für Jugendfürsorge und Kinderschutz schreibt uns: Auch im Jahre 1921 waren wir vom Amtsgericht Gleiwitz mit der Unterbringung erholungsbedürftiger Kinder auf dem Lande betraut. Wir haben insgesamt 302 Kinder untergebracht. Davon 105 Kinder im Auslande, wie Dänemark, Schweiz und Holland. Von diesen 105 Kindern waren 71 Volksschüler und 24 Schüler und Schülerinnen höherer Lehranstalten. 187 Kinder waren im Harz, in Karlsruhe, in Grafenort, in Langenau, Bad und Lehnitz untergebracht. Hier von waren 184

(Unschuliches Dienstmädchen.) Ein Dienstmädchen stellte ihrer Herrschaft, nachdem es drei Tage im Dienst war, einen Damenmantel, eine überlange Damennähle und verschwand. Es nannte sich Victoria Böhlmüller.

(Versteckte Motorwiese.) Im Jahre 1919 wurde dem Hausherrn Adolf Wadaiaski aus Michowitz, ein elektrischer Motor gestohlen. Die Einbrecher wurden erfaßt, flüchteten mit dem Motor und versteckten ihn in einem Kartoffelfeld. Die Angeklagten, aus Michowitz bezw. Stadt-Donatow, Karl Słosz, Felix Górecki und Josef Bienski wurden letzter zu 4 Jahren, die beiden anderen zu je 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und den übrigen Nebenstrafen verurteilt.

(Wurst.) Ein Lehrer fiel die zum Wurstbrotstunnel fließenden Treppen hinunter und wurde nach dem städtischen Krankenhaus geschafft.

(Diebstahl.) Dem auf der Feldstraße wohnenden Fleischermeister Murgotz haben Spione Brotwurststücke für ca. 15 000 Mark und einen Handwagen gestohlen.

(Ein Abenteuer.) Vor dem Schöffengericht hatte sich der in Österreich geborene Kaufmann Wilhelm Gaul wegen Vertrags zu verantworten. Er gibt an, Leiter einer Aktiengesellschaft in Königshütte gewesen zu sein, die sich mit dem Anwalt von Waren befreit hatte. Nach Ausweis seiner Briefe hat er ein kaufmännisches Büro in Konstantinopel unterhalten. Im Juni 1920 hat er sich bei einer frischen Dame mit seiner angeblichen Frau dort zur Verstärkung liebende Telefonen gekauft. Diese Telefonen liebende Telefonen eine Höhe von 700 Mark erreicht hatten, verschwand er spurlos. Anschließend bezahlte er die Miete nicht. Anschließend hat er das Telefon zu Schiebergeschäften benutzt. Ein Staatsanwalt in Berlin, Breslau, Oppeln, Glas und Neisse lieben ihn auch schon seit langer Zeit. Der Angeklagte wurde zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

(Unterschlagung im Amt.) Der beim Magistrat Bentheim beschäftigte gewisse Dienstleistungsbüro Winkel hat sich vor dem hiesigen Schöffengericht wegen Unterschlagung amtlicher Gelder in Höhe von ca. 17 000 Mark zu verantworten. Als Winkel der vereinbarten Gelder verfüllt, als er dann während des Maiaufstandes wieder in der

Gemeindevertretersitzung in Hindenburg

Die unsicheren Verhältnisse in Hindenburg — Kommunale Maßnahmen gegen das Wohnungselend — 1000 neue Wohnungen — Beitritt zur „Gagfah“ mit 50 000 M. Einlage — Appell an die säumigen Hausbesitzer — Elektrische Beleuchtung der Hauptstraßen — Gegen die Häuserschieber — Erhöhung des Wasserzeldes — Gleichberechtigung beider Sprachen in der Praxis — Geheimhaltung

Hindenburg, 8. Februar.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der gestrigen Sitzung widmete Bürgermeister Schwan dem fürstlich verstorbenen Rektor i. R. Brauner, der viele Jahre in den verschiedensten kommunalen Ehrenämtern der Gemeinde tätig war, einen warmempfundenen Nachruf. Die Versammlung erklärte das Andenken des Verstorbenen in üblicher Weise.

Sodann wurde in die ziemlich umfangreiche Tagesordnung, die allerdings zum Teil auch im geheimgesetzten Sitzung erledigt wurde, eingetreten. Unter „Mitteilungen“ verließ der Bürgermeister zuerst ein Dankesbrief des Ehrenbürgers der Gemeinde Hindenburg, Osth. Überregierungsrat Dr. Scheele in Potsdam, für den ihm seitens der Gemeinde ausgesprochenen Neujahrsgrußwunsch.

Hierauf kommt der Bürgermeister auf die unsicheren Verhältnisse in Hindenburg

zu sprechen, von denen auch die Gemeinde in zwei Fällen betroffen wurde. Er weist auf die Herausgabe des Kassenboten Pottas hin, dem bekanntlich in der Dämmerstunde vor dem Rathause eine Altenfahne mit 15 000 Mark und wichtigen Papieren gestohlen wurde. Einen Tag darauf ist auch der Kassenboten des Gemeindegaswerks auf der Pfarrstraße am selben Tage überfallen und seiner Tasche mit 500 Mark beraubt worden. Es sei allerhöchste Zeit, daß wir uns sicherer und ruhigeren Verhältnissen nähern.

Bürgermeister Schwan berichtete sodann auch die in Betracht gezogenen Maßnahmen zur Linderung der Wohnungsnot.

Im Hinblick auf die regierungsetzige angeordnete Bestandsaufnahme sämtlicher Wohnräume warnte er vor zu großem Optimismus, da man ihren Erfolg auf höchstens drei Dutzend freierwerbende Bauland verantworte. Dies sei natürlich ein Trampf auf den heißen Stein im Hinblick auf die große Zahl der Wohnungsluchenden, die gegenwärtig schon weit über 2000 betrage, und in Rücksicht auf die vielen Hunderte der dringlich Wohnungsluchenden. Zu letzteren treten in Kürze noch die zahlreichen doppelt dringlich Wohnungsluchenden, die nach hier 100 deutsche und polnische Polizeibeamte versezt werden sollen, zu denen noch je 50 Post- und Polizeibeamte hinzutreten, die mit ihren Familien nach hier übersiedeln werden. Als wirksames Mittel zur Bekämpfung der Wohnungsnot kommt also nur das Bauen neuer Wohnungen in Frage. Uebersteuerungszuschüsse aus der Druckmaschine die ständig Banknoten erzeugt, zum Wohnungsbau zu bewilligen, sei natürlich heller Wahnsinn. Das Gesetz betr. Erhebung einer sogenannten Mietsteuer, aus deren Erträgen neue Wohnungen gebaut werden sollen, dürfte demnächst von der Generalisierten Kommission auch für Oberschlesien genehmigt werden. Die erforderlichen Vorarbeiten zur Erhebung der Steuer sind bereits seitens der Gemeinde getroffen worden. Zur Finanzierung dieser Wohnungsbauteile hat sich in Berlin-Stephau eine Gesellschaft gebildet, die sich den Namen „Gagfah“, d. h. Gemeinnützige Aktiengesellschaft für Angestellten-Helmschäften beilege. In Gleiwitz ist bereits eine Tochtergesellschaft entstanden, der die Stadt Gleiwitz mit einem Betrage von 20 000 Mark beigetragen ist. In Anbetracht der Wichtigkeit und Dringlichkeit der Sache hat sich der Gemeindevorstand entschlossen, den Beitritt der Gesellschaft als Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung zu legen. Die „Gagfah“, hinter der die Reichsangehörigkeitsversicherung steht, sind diese größeren Angestelltenverbände angekündigt. Sie gibt nicht nur die Baugelder und gewährt hypotheken in Höhe von 90 Prozent, sondern trägt auch den Teil der Uebersteuerungszuschüsse, zu deren Zahlung sonst die Gemeinde verpflichtet ist. Ein Projekt, durch das in Hindenburg

1000 neue Wohnungen

geschaffen werden, wird der Gemeinde demnächst vorgelegt werden. Zu ihrer Errichtung ist ein Darlehen von 30 bis 40 000 000 Millionen Mark erforderlich, das die „Gagfah“ befreit wird. Nachdem die Versammlung die Dringlichkeit der Vorlage anerkannt hatte, wurde befohlen, der „Gagfah“ mit einer Einlage von 50 000 Mark beizutreten.

G. B. hille bemerkte noch hierzu, daß sich auch schon in Hindenburg über 40 Interessenten gemeldet haben und über 100 Mitglieder für eine Interessengruppe gesammelt worden sind. Es bestehle auch die berechtigte Hoffnung, die Großindustrie zur Beitragseleistung heranziehen zu können.

Auf einen aus der Versammlung gemachten Einwurf, die Gemeinde solle auch der Belebung von Bauflächen erhöhte Aufmerksamkeit widmen, erwiderte Bürgermeister Schwan, daß mit dem Pächter der Gemeindebezirke bereits ein Abskommen in Vorbereitung sei, durch das dieser verpflichtet werde, seine gesamte Jahresproduktion zum Tagespreise, der stets von dem Ziegeleiverband nachgeprüft werde, an die Gemeinde zu verlaufen.

Bezugnehmend auf einige Zeitungsartikel betreffend die

schlechte Bürgersteigreinigung u. Straßenbeleuchtung bemerkte der Bürgermeister, daß ihm die betr. Artikel durchaus aus dem Herzen gesprochen haben. Besonders die Bürgersteigreinigung schreie zum Himmel. Er ergriffe deshalb die Gelegenheit, an die Haushalte den dringenden Appell zu richten, aus eigenem Antrieb ihrer Bürgersteigreinigungsrichtung nachzuhelfen und nicht erst auf Grund politischer Maßnahmen. Besonders elende Verhältnisse finde man auch vor den öffentlichen Gebäuden auf der Dorfstrasse (Amtsgericht, Knappmachtskazett und Landratsamt). Er hoffe, daß diese in Zukunft der Bürgermeister in dieser Hinsicht mit gutem Beispiel vorangehenden werden. Die mangelhafte Straßenbeleuchtung sei vielfach auf das Eingefrieren der Gasleitungen zurückzuführen. Eine durchgreifende Befreiung ver spreche er sich nur durch die

elektrische Beleuchtung der Hauptstraßen, die vom Gemeindevorstand bereits erwogen werde, da sie heller und zuverlässiger funktioniere.

Bürgermeister Schwan gab noch bekannt, daß der in der Gemeindevertretersitzung vom 16. Dezember beschlossene

Nachtrag zur Grundsteuerordnung

von der Aufsichtsbehörde nicht genehmigt worden ist, da der Regierungspräsident ähnliche Anträge auch anderen Gemeinden abgelehnt hat, weil die bisherige Steuer noch bis Ende dieses Jahres Gültigkeit haben muß.

Wahlen.

In die Baukommission wählte man Michael Smoloda, in die Schlachthauskommission Gemeindeschöffen Bronzel, in den Finanzausschuss Brisch, Bemarek und Paul Dubiel, in den Verwaltungsausschuss Restaurateur Myslowitz.

Der Erhöhung der Verpflegungssätze für das St. Marienstift ab 1. Januar 1922 von 80 auf 200 M. pro Monat und Kind wurde beobachtet, daß sie einstimmig zu, da der erwartete Gewinn für das Gemeindesäckel ausgeblieben war, dafür aber zahlreiche Gasabnehmer gefündigt hatten.

Für den Ankauf eines Lastautos, mit dem in Zukunft die Kohlenfahrt für das Gemeindegaswerk und die Anfuhr der Materialien für die umfangreichen Neufeststellungen der Gemeinde erfolgen sollen, bewilligte man 210 000 Mark, für eine Verbundungsanlage für das Schultino im Enzheim 7000 Mark. Das Honorar für den Vertreter des Gemeindesäckels wurde auf die volle Höhe der Gruppe 11 festgesetzt.

Sodann wurde in die geheime Sitzung eingetreten.

bisher nur 2000 Mark betrug, wurde ab 1. Juli 1921 auf 2700 Mark erhöht. Nach den bisherigen Sätzen zahlte die Gemeinde pro Konsumation durchschnittlich nur 5 Mark.

Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf die Beschlusssitzung über die

Wertzuwachssteuer.

durch die man besonders die sogenannten Häuserschieber treffen will, die ein Haus, das sie erst beim Frühstück gekauft haben, beim Abendisch bereits mit wieder anleblichem Nutzen verlaufen. Die Versammlung genehmigte die Ordnung in der vorgelegten Weise, allerdings mit dem Zusatzantrag, durch den eine Steuerermäßigung von 2 Prozent bei denjenigen Grundstücksveräufern gewährt wird, die schon längere Zeit Eigentümer des betr. Hauses und deshalb für die Gemeinde eine gute Steuerquelle waren.

Der Erhöhung des Wasserzeldes

von 1,50 auf 1,70 Mark wurde debattierlos zugestimmt. Die übermalige Erhöhung war notwendig geworden, trotzdem die Gemeindevertretung erst in der Sitzung vom 29. November v. J. den Beschluss gefaßt hatte, ab 1. April d. J. das Wasserzeld von 1,20 auf 1,50 Mark zu erhöhen. Bereits am nächsten Tage wurde nämlich der Gemeinde vom Beauftragten die Mitteilung zuteil, daß der Wasserzins übermäßig erhöht werden muß. Einem Nachtrage zur Gebührenordnung für die Entnahme von Wasser durch die Großabnehmer, durch den sich die Gemeinde recht annehmliche finanzielle Vorteile verschaffe, gab die Versammlung ihre Zustimmung. Von dem Nachtrage wußt derjenige Teil der Großabnehmer betroffen, der direkte Wasserlieferungsverträge mit dem Fiskus eingegangen ist, aber trotzdem noch Leistungen der Gemeinde benötigt. In Betracht kommen die Glassfabrik Eßner, der Schlachthof und der Bahnhof. Da die ersteren beiden es abgelehnt haben, 20 Prozent Durchflußgebühr zu zahlen, war ein derartiger Zusatzpassus in der Wasserlieferungsordnung nötig geworden.

Die Genehmigung eines

Vertrages mit dem polnischen Bibliothekverein

rief eine längere Debatte hervor. Die Gemeinde hatte nämlich seinerzeit für die polnische Bibliothek Räume in dem früheren Schülervorstand Hotel zur Verfügung gestellt. Da nun die polnische Fraktion befürchtet, daß das seinerzeit gegebene Versprechen in Zukunft nicht innehaltend werden wird, hatte sie an den Gemeindevorstand den Antrag gestellt, die Vermietung der betr. Räume gegen eine jährliche Miete von 300 Mark vertraglich festzulegen. Desgleichen auch die Gewährung einer jährlichen Unterstützung von 5000 Mark und einem Pauschal, durch den eine spätere Vereinigung mit der deutschen Bibliothek geschlossen werden soll. Der Gemeindevorstand hatte deshalb einen Vertrag ausgearbeitet, durch den der Vertrag sofort gelöst wird, falls die Bibliothek Bestrebungen unterstellt, die sich gegen den Betrieb des Reiches richten. Der Vertrag, der natürlich erst von der Aufsichtsbehörde genehmigt werden muß, ist deshalb auch von einer späteren Gemeindevertretung unbindbar, falls er von polnischer Seite innegehalten wird. Die Versammlung genehmigte den Vertrag, jedoch mit den beiden Zugaben, daß eine Verschmelzung mit der deutschen Bibliothek nur mit Genehmigung des Vorstandes des polnischen Bibliothekvereins möglich ist und daß diesem, falls er sich einen Vertrag gegen den Vertrag zu schreiben kommen läßt, eine einjährige Kündigungsfrist eingeräumt wird.

Der Aufhebung des Zuschlages zur Gasmeisterei, der bekanntlich in der Sitzung am 29. November v. J. befohlen wurde, stimmte man einstimmig zu, da der erwartete Gewinn für das Gemeindesäckel ausgeblieben war, dafür aber zahlreiche Gasabnehmer gefündigt hatten.

Für den Ankauf eines Lastautos, mit dem in Zukunft die Kohlenfahrt für das Gemeindegaswerk und die Anfuhr der Materialien für die umfangreichen Neufeststellungen der Gemeinde erfolgen sollen, bewilligte man 210 000 Mark, für eine Verbundungsanlage für das Schultino im Enzheim 7000 Mark. Das Honorar für den Vertreter des Gemeindesäckels wurde auf die volle Höhe der Gruppe 11 festgesetzt.

Sodann wurde in die geheime Sitzung eingetreten.

Kreis Oppeln

Parteiversammlungen im Kreise Oppeln

In Prostau.

Am Sonntag Abend um 5 Uhr drängte die Bevölkerung von Prostau in den Saal des Gasthauses Odela, denn die Katholische Volkspartei hatte eine große Versammlung angelegt, in welcher der stellvertretende Generalsekretär Herr Rabo einen Vortrag halten sollte über das Thema: „Die bündestatliche Autonomie“. Der Saal konnte die Erwähnungen kaum fassen. Der Vorsitzende Herr Simon eröffnete die Versammlung und gab seiner Freude über das zahlreiche Erscheinen Ausdruck, begrüßte den Redner des Tages Herrn Rabo, worauf er letzterem das Wort erteilte.

Im ruhiger und sachlicher Weise behandelte der Referent die Gründe für und gegen die Autonomie.

Besonders klar widerlegte Herr Rabo den Vortrag der Segner, Autonomiefreunde neuen Rechenschaftsbericht. In einer einstündigen Rede behandelte der Referent in glänzender Weise das Thema so eindrückend, daß auch nichts zu fragen übrig blieb. Der sachlich gespendete Beifall der Versammlung befandete am besten, daß der Redner fast allen aus dem Herzen gesprochen hatte. Als einziger Diskussionsredner sprach der Sozialdemokrat Murgas, welcher in der letzten bekannten Weise längst abgebrochene Angriffe gegen die Partei im Allgemeinen und gegen einzelne führende Persönlichkeiten im befreundeten vorbrachte. Über gerade im Bilderlegen der vorgetragenen Angriffe, erkannte man, wie voraussichtlich orientiert der Redner war. Und geradezu rappierend wirkte die ruhige liebenswürdige und resolute Widerlegung des Diskussionsredners. Es sprach noch Parteisekretär Schubert, welcher auf die Gemeinschaftsfrage im Allgemeinen einging, und die Mitglieder ernannte auch die Beitragszahlung restlos durchzuführen, den die Bahnen, die uns befreiten, kosteten eine große Menge Geldes, und werden nur dann weitere Stellung behaupten können, wenn ein jeder sich an der Auflösung der Kosten entsprechend seinen wirtschaftlichen Verhältnissen beteiligt, wenigstens aber den Mindestbeitrag von 6,00 Mark jährlich entricht. Nachdem Herr Rabo noch einen einzelnen führenden Redner vorgestellt hatte, eröffnete der Vorsitzende das Wort des Tages Herrn Rabo, welcher das Thema: „Die politische Lage von der Revolution bis zur Gegenwart“ behandelte. In glänzender Weise entwidete der Referent ein Bild der Tätigkeit des Zentrums, und bewies, wie es zum Wohl des Volkes gearbeitet, was es zur Erhaltung des Reiches beigetragen, und warum es aus Reichsinteresse die bündestatliche Autonomie forderte. Mit geprägter Aufmerksamkeit lauschten die Zuhörer den beobachtenden Ausführungen, wofür ihm Beifall gezollt wurde. In der Diskussion sprach Herr Myslak, welcher die Ausführungen des Redners besonders untersuchte, und in warmen Worten für den Ausbau der Parteiorganisation eintrat. Gegen 4 Uhr wurde um 7 Uhr die sehr schön und angeregt verlaufene Versammlung geschlossen.

In Ellguth-Proskau.

Am Sonntag, den 5. Februar fand in Ellguth-Proskau eine Versammlung der katholischen Volkspartei statt, die sehr gut besucht war, als Redner war Herr Rabo vom Generalsekretariat Gleiwitz erschienen. Nachdem die Versammlung vom 1. Vorsitzenden eröffnete war, eröffnete dieser das Wort dem Redner des Tages Herrn Rabo, welcher das Thema: „Die politische Lage von der Revolution bis zur Gegenwart“ behandelte. In glänzender Weise entwidete der Referent ein Bild der Tätigkeit des Zentrums, und bewies, wie es zum Wohl des Volkes gearbeitet, was es zur Erhaltung des Reiches beigetragen, und warum es aus Reichsinteresse die bündestatliche Autonomie forderte. Mit geprägter Aufmerksamkeit lauschten die Zuhörer den beobachtenden Ausführungen, wofür ihm Beifall gezollt wurde. In der Diskussion sprach Herr Myslak, welcher die Ausführungen des Redners besonders untersuchte, und in warmen Worten für den Ausbau der Parteiorganisation eintrat. Gegen 4 Uhr wurde die harmonisch verlaufene Versammlung geschlossen.

In Przysiech.

In Przysiech wurde am 5. Februar nachmittags um 2 Uhr eine große Versammlung der katholischen Volkspartei abgehalten, die sehr gut besucht war. Besonders fiel es auf, daß auch die Damen stark vertreten waren. Die Versammlung wurde von Herrn Johann Nozon eröffnet und geleitet. Nach Worten der Begrüßung eröffnete er das Wort dem Parteisekretär Schubert zu seinem Vortrag. „Was um so mehr die katholische Volkspartei die bündestatliche Autonomie“. Die sachlichen lebhaftesten Ausführungen des Redners bestanden mehrmaligen Beifall und Beifallstunden der Versammlungsteilnehmer aus. Nachdem der Referent noch auf die Notwendigkeit der Beitragszahlung hingewiesen hat, salutierte er seinen lehrreichen Vortrag mit dem Wunsche weiteren Ausbaus der Organisation. Reicher Beifall wurde ihm für seine Ausführungen zuteil. In der Diskussion sprach Herr Tannenbaum von der sozialdemokratischen Partei. Nachdem er seine Parteipräsideinheit hergestellt, welches hauptsächliche Angriffe auf die Zentrumsparthei enthielt, wurde er von Herrn Schubert trefflich widerlegt. Eine größere Anzahl Mitglieder trat neu in die bereits bestehende und sehr gut entwickelte Ortsgruppe ein. Zum Schluß ergriff das Wort die eifrige Kassiererin Gräulein Maria Myslak, die die leeren Säle nicht abwarten, sondern mittwoch zwischen den Rodeln mit ihrem Schlitten die Bahn verlassen.

„(Gesuchte Damen.) Die heilige Geheimlichkeit und die der S. A. macht jetzt öfter durch alle Lokale, in denen die Lebedamen mit ihren Kavalieren verkehren Streifen. Am gestrigen Abend stand wieder 3 Damen, die sich nicht anständig ausweisen konnten, verhaftet und der Polizei übergeben worden.“

Kreis Ratibor

„(Die Einwohnerzahl der Stadt Ratibor) beträgt gegenwärtig etwa 40 100.

Kreis Neustadt

„Walzen, 8. Febr. (Arbeiterfest.) Einen schönen Verlauf nahm das diesjährige, im Saale des Gasthauses Globus stattgefundenen Verbandsvergnügen des Zentralverbandes der Landarbeiter. Der Vorsitzende hatte mit vieler Geschicklichkeit die Vorlesungen für das Fest getroffen. Außer Mitgliedern waren auch viele Gäste erschienen und fühlten sich unter den Landarbeiter sehr wohl. Gewerkschaftssekretär Blaszczyk hielt eine Ansprache, in welcher er versprach, daß die Landarbeiter gewisst gemeinsam mit anderen Ständen am deutschen Wiederaufbau mitzuwirken. Dann kam der Tanz zur Geltung. Die mutigste Lübe und Ordnung, die neben herzhaftesten Lustigkeit das ganze Fest beherrschte, muß besonders hervorgehoben werden.“

„Schreibersdorf. (Die Ortsgruppe des Zentralverbandes der Landarbeiter) fand sich am 4. Mts. im Gasthause Dranek zu einer Mitgliederversammlung ein. Der Besuch war gut. Selbst die Kollegen vom Dominium Bialka ließen sich von dem Schreitern nicht abhalten. Gewerkschaftssekretär Blaszczyk leitete die Versammlung durch eine Erklärung des landwirtschaftlichen Tarifvertrages für das Jahr 1922 ein und hielt sodann einen besonderen Vortrag über die gegenwärtige Lage in der Landwirtschaft und unsere Zukunftsaufgabe. Organisationsfragen nahmen einen längeren Teil seiner Rede ein. Eine lebhafte Ansprache folgte. Die Prüfung der inneren Angelegenheiten der Ortsgruppe war bestredig, sodass dem Ortsvorsteher Johann Swierzy eine Anerkennung für seine Tätigkeit als Ortsvorsteher ausgesprochen werden konnte.“

humoresken vor, welche unter den Zuhörern den reichsten Beifall erntete.

Kreis Tarnowitz

Kellor Wołter-Stiftung

Unter diesem Titel stiftete am 12. Oktober 1843, der damalige Generaldirektor des Grafen von Tiele-Winkler, Friedrich Wilhelm Gründemann, mit anderen ehemaligen Schülern des Realgymnasiums zu Ehren des Rektors Walters die Summe von 100 Taler, deren Zinsen am 11. Januar jeden Jahres, dem Todestages Walters, „zur Verbesserung des Lehrapparates der 1. Klasse“ Verwendung finden sollten und noch verwendet werden.

„(Kampf mit Banditen.) Die Gemeindemache zu Schoppinitz und diejenige aus Lauterbach hatte eine größere Streife auf Banditen unternommen. Plötzlich gab es Feuer. Zwei Kriminalbeamten machten als vernünftig weggetragen werden. Es gelang bei dem Zusammentreffen den steckbrieflich verfolgten Banditen Stanislaus Hahn zu verhören, der verschiedene Waffen bei sich trug. Ebenso konnte festgestellt werden, daß er zu denjenigen gehört, der Drohbriefe und Erpresserbriefe verschickt. Bei der weiteren Verfolgung konnten gleichzeitig mehrere andere verdächtige Personen wegen verschiedener Straftaten verhaftet und festgesetzt werden. Unter ihnen befinden sich auch Mitglieder der Bande, die das Rohproduktengeschäft Löwenthal zusammen mit Juraski überfallen hatten. Zugutestellt wurde auch noch ein Waffenschießstock der Faschistbande in Boguszyce-Nord aufgestellt.“

„(Kampf zwischen Sokols und Infusagenten.) Zu der unter dieser Ueberschrift am 17. Dezember veröffentlichten Meld

